Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 20. Dienstag, den 15. Februar 1910. 38. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Weststraße 54a

befindet sich jetzt

die Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen u. Umgegend.

Fernsprecher 166.

Eine Anzeigen-Annahme

der „Kamener Zeitung" befindet sich auch bei Herrn C. Holtmann

Bahnhofstraße 58

Fernspr. 133.

Der Wahlrechtsdebatte zweiter Tag.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet Freitag die Sitzung 11 Uhr 15 Minuten. Ein Antrag auf Einstellung eines gegen den Abg. Schroeder-Neustadt (Pole) schwebenden Strafverfahrens wird debattelos angenommen und die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage fortgesetzt.

Abg. **Herold** (Ztr.):

An unserem prinzipiellen Standpunkt zum preußischen Wahlrecht halten wir fest. Was das Reich im Reichstagswahlrecht gewährt, wird auf die Dauer in den Einzelstaaten nicht vorenthalten werden können. (Zustimmung im Zentr.) Hieran halten wir unentwegt fest. Aus diesem Gesichtspunkt hinaus kann die jetzige Vorlage unseren Beifall nicht finden. Das Reichstagswahlrecht hat sich durchaus bewährt. Wir sind auch der Meinung, daß der Deutsche Reichstag mit seinen Leistungen hinter keinem Parlament, auch hinter dem Abgeordnetenhaus nicht zurücksteht. (Zustimmung im Zentrum.) Gerade eine Partei, die für Preußen das Reichstagswahlrecht ablehnt, hat im Reiche der letzten Steuerreform den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. (Sehr gut! im Zentrum. Lachen b. d. Natl.) Wenn wir für das Reichstagswahlrecht eintreten, so kann man uns nicht den Vorwurf machen, wir wollten die Staatsautorität untergraben. Den Umsturz bekämpft man nicht dadurch, daß man seine Vertretung vom Parlament fernhält, sondern nur dadurch, daß man die sozialdemokratische Gesinnung in der Bevölkerung bekämpft. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das geschieht aber am besten durch die Förderung eines positiven gläubigen Christentums. (Beifall im Zentrum.) Um dieses zu kräftigen, muß man dann aber auch von seiner Liebestätigkeit jede Beschränkung fernhalten. (Beifall im Zentrum. Aha!-Rufe links.) Wenn man die unteren Volksschichten heben will, so muß man ihnen nicht Rechte nehmen, sondern Rechte geben. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Dann werden auch die unteren Schichten nicht mehr Männer hierher schicken, die hier Szenen wie gestern aufführen. (Sehr gut! im Zentrum.) Von unserem Parteistandpunkte aus könnte uns jedes Wahlrecht gleichgültig sein, denn wir haben von keinem Wahlrecht Nutzen oder Schaden. Daß die Vorlage keine Neueinteilung der Wahlkreise bringt, halten wir für einen Vorzug. (Stürmisches Gelächter links.) Wir wehren uns nicht prinzipiell gegen jede Neueinteilung der Wahlkreise, wir halten sie aber zurzeit für nicht notwendig. (Lachen links.) Bedauerlich ist, daß die Vorlage nicht die geheime Wahl bringt. Es geschehen heute Beeinflussungen von oben und unten. Und neuerdings ist der Boykott der Geschäftsleute sogar dazu gekommen. Wie kann man das öffentliche Wahlrecht beibehalten, wo Kattowitz so kurze Zeit zurückliegt!? (Sehr gut! im Zentrum.) Das Parlament soll doch die Volksmeinung widerspiegeln. Der Einfluß des schaffenden Mittelstandes wird durch die Vorlage wesentlich herabgedrückt. Die Drittelung in den einzelnen Urwahlbezirken halten wir für gut, und wenn der Abg. Schiffer gerade diese Drittelung als widersinnig bekämpft hat, so beweist er damit, daß er an dem plutokratischen Charakter des geltenden Wahlrechts nichts ändern will. (Unruhe b. d. Natl.) Wir werden nach besten Kräften bemüht sein, Verbesserungen in den Entwurf hineinzubringen, damit ein Werk zustande kommt, das wenigstens die schlimmsten Härten des gegenwärtigen Wahlrechts meidet. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Minister des Innern v. Moltke:

Die liberalen Redner des gestrigen Tages und der Abg. Herold haben das geheime Wahlrecht gefordert. Nachdem gestern der Ministerpräsident mit aller Bestimmtheit den Standpunkt der Staatsregierung in dieser Frage entwickelt hat, glaube ich darauf heute nicht näher eingehen zu sollen. Dagegen geben mir andere Aeußerungen Veranlassung, jetzt das Wort zu ergreifen. Die Ausführungen des Abg. v. Richthofen lassen mich erkennen, daß der Uebergang zur direkten Wahl in seiner Fraktion auf Bedenken stößt. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß daran festhalten, daß die Gründe, die die Einführung der indirekten Wahl seinerzeit wünschenswert erscheinen ließen, heute nicht mehr vorliegen. (Widerspruch rechts.) Die Einrichtung der indirekten Wahl entstammt einer Zeit ohne Eisenbahn und ohne Telegraphen, ohne Zeitungen und ohne Vereine. Heute ist die Oberfläche des öffentlichen Lebens erweitert worden. Es kommt heute darauf an, die Wähler aufzurütteln, damit sie zur Wahl gehen. Die Wahlbeteiligung war unter der indirekten Wahl eine sehr geringe, und man kann daher sagen: die indirekte Wahl hat wirklich kaum noch eine politische Bedeutung. (Sehr richtig! links und im Zentrum. Widerspruch rechts.) Das geltende Klassenwahlrecht bleibt durch die Vorlage unberührt. Gegen die Maximierung sind verschiedene Einwendungen erhoben worden. Ueber den Punkt, wo die Maximierung einsetzen soll, läßt sich selbstverständlich streiten. Wie man aber auf eine andere Weise praktisch zu einer Milderung der beklagten plutokratischen Wirkung des Wahlrechts gelangen kann, ist nicht ohne weiteres zu erkennen. Dann sind von verschiedenen Seiten die Vorschläge angefochten worden, die sich auf die Merkmale für das Aufrücken in eine höhere Wählerklasse beziehen. Man hat in unseren Vorschlägen eine ungerechte Benachteiligung der Gewerbetreibenden erblicken wollen. Man übersieht, daß die wichtigste Grundlage nach wie vor die Steuerleistung bleibt. Man übersieht, daß bei der Berechnung der Steuer die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ihre volle Verwendung findet. Man konnte daher dem Besitz nicht noch besondere Aufrückungsmerkmale geben. Die Vorlage soll auch dem Beamtentum eine zu große Berücksichtigung geben. Ja, sind denn die aufgeführten Akademiker und die, die das Einjährige bestanden haben, ferner die, die sich im Besitz des Zivilversorgungsscheins befinden, wirklich alle Beamte? Es mag sich ja gegen unsere Vorschläge manches und vieles einwenden lassen. (Lebh. Sehr richtig! links.) Aber es ist doch zu berücksichtigen, daß es nicht wünschenswert war, aus den unteren Abteilungen, besonders aus der dritten, alle Elemente herauszunehmen, die irgendwie besondere Merkmale beizubringen hatten. Es ist nicht unsere Absicht, den Arbeiterstand in der dritten Klasse zu isolieren. Alle Abteilungen sind untereinander gleich und gleich gut. (Lautes Gelächter links.) Wer von Wählern erster und dritter Qualität spricht, hat den Sinn des Dreiklassenwahlsystems nicht erfaßt (wiederholtes Gelächter), oder will das nur zu agitatorischen Zwecken ausnutzen, wie es die Sozialdemokraten tun. In der Kommission werden wir uns weiter über Einzelheiten verständigen.

Abg. **Frhr. v. Zedlitz** (Freikons.):

Die Begründung der Vorlage geht leider um den Nachweis der Notwendigkeit einer Wahlreform herum. Richtig ist, daß heute ein starker demokratischer Zug durch unser Volk geht. Leider aber ist diese demokratische Bewegung zum Teil antimonarchisch, und sie geht auf die Erschütterung der monarchischen Gewalt und damit auf die Gefährdung der staatlichen Machtstellung Preußens, die der Grundpfeiler des Reiches ist, aus. (Lachen links, Beifall rechts.) Dem entspricht es, wenn von diesen Demokraten das heutige Preußen in unerhörter Weise verunglimpft wird. Ich bin stolz darauf, ein Preuße zu sein (Lebhafter Beifall rechts), und ich weiß, daß die Einrichtungen meines Landes keinen Vergleich mit denen eines anderen zu scheuen haben. (Zustimmung rechts.) Ich halte es mit den Worten des Fürsten Bülow: Preußen in Deutschland voran! Deshalb eben fordere ich auch meinerseits die Beseitigung von öffentlichen Mißständen. Der Ministerpräsident hat versichert, er wolle nicht, daß die Beamten eine bestimmte Partei begünstigen. Das glaube ich ihm. Aber nicht auf sein Wollen, sondern auf Tatsachen kommt es an. (Sehr richtig! links.) Auf eine organische Fortbildung des preußischen Wahlrechts können wir nicht verzichten. Die Reformbedürftigkeit des jetzigen Wahlrechts erkennen wir ja an. Aber die Konsequenzen hieraus können nicht dahin gehen, an die Stelle eines Wahlrechts, durch das Preußen groß geworden ist, das Reichstagswahlrecht zu setzen. Wenn die Entwicklung in der nächsten Zeit noch so weiter geht, wird auch der Abg. Herold sehr bald einsehen, daß das Reichstagswahlrecht seine sehr großen Schattenseiten hat, daß vielleicht die Stunde kommt, in der man vor die Frage gestellt ist: ob Reich oder Reichstagswahlrecht. (Lebhafter Beifall rechts.) Beim Reichstagswahlrecht wird ungleichartiges als gleichartig hingestellt. Das ist wider die Gerechtigkeit. Und die Entscheidung wird dabei den Massen in die Hand gelegt, die an Erfahrung und Urteil minder reif sind. Das ist wider die Vernunft. (Lebhafter Beifall rechts.) Sehr bedeutsam ist in der Vorlage die Ersetzung der indirekten durch die direkte Wahl. Hier bietet der Vorschlag der Regierung erhebliche materielle Vorteile. (Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg betritt den Saal.) Aber es stehen ihm auch erhebliche Bedenken gegenüber. Die Umwandlung der bisherigen Urwahlbezirke in reine Stimmbezirke ist bedenklich. Die Maximierung wird einschneidende und nicht immer gute Wirkungen haben. Die Privilegierung der Bildung ist ein vernünftiger Gedanke. Bildung und Besitz sind meistens nicht mehr, wie früher, miteinander vereint. Da ist eine besondere Berücksichtigung der Gebildeten gerechtfertigt. Aber man darf nicht einseitig die Studierten privilegieren, auch die Männer der Praxis müssen solche Privilegien erhalten. Unannehmbar ist für uns die Bevorzugung der Militäranwärter, weil sie die anderen Beamten, vor allem aber den erwerbstätigen Mittelstand, benachteiligt. Der Redner geht dann auf die geheime Wahl ein. (Rufe: Lauter, lauter! Ruf links: Er geniert sich!) Die geheime Stimmabgabe ist heute der Sozialdemokratie weniger vorteilhaft als die öffentliche. Aber wie dem auch sei, etwas Positives wird bei dieser Vorlage nur herauskommen auf der Grundlage der öffentlichen Wahl! (Lebh. Beifall rechts, Unruhe, links.) Selbst wenn wir hier die geheime Wahl beschließen wollten, würde das Herrenhaus da nicht mitgehen, sondern wieder die öffentliche Wahl einsetzen. Und die Regierung würde kaum geneigt sein, durch einen Pairsschub diese Opposition des Herrenhauses zu brechen. Also: Die Sache wird mit der öffentlichen Stimmabgabe gemacht. (Zuruf des Abg. Kopsch: Nie!) Eine Minderheit meiner politischen Freunde ist ja für die geheime Wahl. Aber auch die Mehrheit, die für die öffentliche Wahl ist, sieht es als Ehrenpflicht an, dem gewerblichen Mittelstand in den Städten das Wahlrecht durch die öffentliche Wahl nicht verkümmern zu lassen. Freilich ist das eine sehr schwere Aufgabe, aber es muß versucht werden. Möge es zu einem Wahlrecht kommen, das die Eigenart des preußischen Staatslebens sichert. Das wird auch im Interesse des Reichs liegen. (Stürmischer Beifall rechts; Zischen links, darauf erneuter Beifall rechts.)

Abg. **Ströbel** (Soz.):

Die Vorlage ist eine ungeheure Provokation der Sozialdemokratie. Hinter der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen steht die große Mehrheit - $^2/_3$ - aller preußischen Wähler, und wenn man die nationalliberalen Wahlreformfreunde mit einrechnet, kommen 6 Millionen Wahlreformer heraus. Demgegenüber stehen knapp 1½ Millionen konservative Wahlrechtsgegner. Die Regierung aber richtet sich nach den Wünschen der Rechten, sie weiß eben, daß die Minister von den Konservativen gestürzt werden, sobald sie sich weigern, weiter die Lakaien der Junker zu sein. Die Konservativen beklagen sich über unseren Ton. Sie sprachen aber von uns als von politischen Wegelagerern und Strolchen, und riefen einmal einem unserer Abgeordneten „dieser Bengel" zu. Und war es nicht ein Konservativer, der einmal sagte: „Die Minister können uns sonst was!" Die Vorlage hat einen weibischen Zug; es sollen die Wähler mehr Recht haben, die recht lange den bunten Rock getragen haben. (Lachen.) (Das Haus leert sich mehr und mehr; es ist nur noch ein kleiner Bruchteil der Abgeordneten anwesend. Ein Minister ist schon seit Beginn dieser Rede nicht mehr im Saal zugegen.) Die Junker sind es, die Nahrung für eine Revolution geben. Ueber die Vorlage der Regierung wundern wir uns gar nicht, denn sie stammt von der preußischen Bureaukratie, und Fürst Bismarck sagte schon in den fünfziger Jahren: Die Gesetzesexkremente der preußischen Bureaukratie sind der natürlichste Dreck. Das ist auch ein Beispiel für den guten Ton! Der Ministerpräsident meinte gestern, das Parlament verflache. Er trägt redlich dazu bei! Der Abg. v. Richthofen tat sich gestern viel auf seine Bildung zugute: er spreche Englisch. (Abg. Frhr. v. Richthofen: er kann auch Französisch! — Heiterkeit.) Der preußische Wahlspruch Suum cuique wird von den Junkern nicht bloß dahin ausgelegt: Behalte, was du hast! sondern: Nimm, was du kriegen kannst! Für die Berechtigung der jetzigen Wahlkreiseinteilung ist das schnurrige Argument vorgebracht, daß Berlin an Bodenfläche so klein und z. B. Ostpreußen so groß sei. Aber nicht der Flächeninhalt, sondern die Zahl der Wähler im Wahlkreis bestimmt doch die Einteilung! Unser angeblicher Terror hat mehr Gutes gewirkt als jahrzehntelange platonische Vorstellungen. Wir möchten der Regierung, den Konservativen und auch der Korne den Rat geben, die Vorlage gründlich umzuändern. Das Volk läßt sich auf die Dauer ein solches Wahlrecht nicht gefallen. Die Krone begegnet dem Volke mit Mißtrauen. — Vizepräsident Dr. Krause: Herr Abg. Ströbel, eine solche Verletzung der Ehrfurcht vor dem Könige ist auch verletzend für die Mitglieder des Hauses. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall rechts.) — Abg. Ströbel (fortf.): Ein solches Wahlrecht kann zum Verhängnis werden. Die Sozialdemokratie hebt das Volk zur Sonnenhöhe der Kultur. (Lachen.) So sind wir echt national! Wenn wir durch die Wälder ziehen, dann sagen wir: Das ist unser Vaterland! So lieben auch wir unser Vaterland! Fort mit diesem niederträchtigen Wahlrecht, fort mit dieser hundsföttischen Vorlage! (Lachen rechts.) — Vizepräsident Dr. Krause: Wegen dieser letzten verletzenden Aeußerungen rufe ich Sie wiederum zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. **Korfanty** (Pole):

Das Land wird erstaunt sein, wie ein so weltfremder Mann wie Herr von Bethmann Hollweg der erste Beamte des Staates sein kann. (Lachen rechts.) Er redet von Unabhängigkeit und von Freiheit der Beamten, während das Gegenteil die tägliche Praxis ist. Auch müssen wir dagegen Protest erheben, daß der Ministerpräsident das Reichstagswahlrecht herabsetzt. — Vizepräsident Dr. Porsch: Das können Sie nicht sagen. Sie können höchstens sagen, daß er diesen Effekt erzielt hat. — Abg. Korfanty: Ich will ja nicht sagen, daß er es bewußt getan hat, vielleicht war es unbewußt. (Heiterkeit und Rufe rechts: Au, au!) Der Reichstag steht himmelhoch in seinen Leistungen über dem Abgeordnetenhaus. (Schallendes Gelächter rechts.) Der Abg. Frhr. v. Zedlitz hat seine zwei alten Steckenpferde geritten: die katholische Geistlichkeit und die Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Es ist unglaublich, daß die Regierung jetzt, nachdem man in Kattowitz die Beamten gemaßregelt hat, diese Vorlage bringt und glaubt, damit den Beamten noch etwas zu bieten. Wir werden nicht rasten, ehe wir nicht das Reichstagswahlrecht in Preußen erkämpft haben.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Sonnabend.

Im Reichstage

entwickelte sich am Freitag in der fortgesetzten Debatte über den Militäretat eine längere Diskussion bei dem Kapitel „Bekleidung der Truppen". Von mehreren Seiten wurde bei dieser Gelegenheit Beschwerde geführt über die Konkurrenz, die den Zivilschneidern durch die Militärschneider gemacht werde. Es wurde verlangt, daß die Militärverwaltung dieser Konkurrenz ein Ende mache und ihrerseits sich bemühe, das so schwer darniederliegende Handwerk nach Möglichkeit zu fördern. Gleichzeitig wurde gefragt, warum man denn so lange mit der Herausgabe der neuen Felddienstübungen zögere. Kriegsminister v. Heeringen erklärte, daß nur allmählich die Einführung von neuen feldgrauen Uniformen durchgeführt werden könne. Der Wunsch, die Heimarbeit durch die Militärverwaltung zu fördern, wurde vom Zentrum erhoben, während die sozialdemokratischen Abgeordneten Albrecht und Stücklen statt dessen die Unterstützung der Arbeiterschaft forderten. Die Resolution der Nationalliberalen, die eine Denkschrift über die Organisation des Militärbekleidungswesens fordert, wurde schließlich angenommen und hierauf eine Reihe weiterer Kapitel ohne wesentliche Debatte erledigt. Abg. Dr. Müller-Meiningen forderte bei einem dieser Kapitel, daß geringfügige Verstöße gegen die Meldevorschriften nicht gleich mit 48stündiger Arreststrafe, sondern höchstens mit einer kleinen Geldstrafe belegt werden sollten, und führte mehrere Fälle strenger Handhabung dieser Vorschriften an. Von den Vertretern der Militärverwaltung wurde ihm aber kein Entgegenkommen in Aussicht gestellt. Beim Kapitel „Reisegebührnisse" wurde eine Resolution des Zentrums, in der die Abschaffung der zweiten Kontrollversammlung verlangt wurde, zur Debatte gestellt. Die Freisinnigen sprachen sich für diese Resolution aus, während die Nationalliberalen Bedenken trugen, ihr zuzustimmen.

Deutschland.

— **(Mittelmeerreise des Kaisers.)** Am 23. März ds. Js findet wie aus Korfu berichtet wird, im Parke des Achilleion in Gegenwart des Kaisers die Aufstellung und Einweihung des neuen Achilles-Denkmal statt. Deutsche Matrosen einiger Kriegsfahrzeuge, die zu jener Zeit vor Korfu ankern werden, werden die Ehrenwachen stellen.

— **Ueber das Schicksal der Wahlrechtsänderung** herrscht, wie der „Rhein.-Westf. Ztg." gemeldet wird, an den maßgebenden hohen Stellen eine sehr pessimistische Stimmung. Kaiser und Kanzler hatten Freitag eine fünfviertelstündige ernste Unterredung. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Nationalliberalen auf alle Fälle von der Forderung der geheimen Wahl nicht abgehen werden, und das umsomehr, als sich bereits acht freikonservative und vier konservative Abgeordnete bereit erklärt haben, im Plenum für die geheime Wahl zu stimmen. Somit darf als möglich erachtet werden, daß die Vorlage mit der Abänderung der Einführung der geheimen Stimmabgabe bis ans Herrenhaus gelangt, wo sie allerdings keine Mehrheit finden wird. Die Regierung hofft jedoch noch auf die Annahme eines neuen Vermittlungsantrages, der mit Hilfe der vereinigten Konservativen und Nationalliberalen durchgebracht werden soll.

— **(Zur Wahlreform.)** Wie der „Lok.A." erfährt, ist im Abgeordnetenhause bereits jetzt eine feste Mehrheit, bestehend aus Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, für die Beseitigung der Drittelung in den Urwahlbezirken und deren Ersetzung durch Drittelung in den Wahlkreisen vorhanden.

— **In der Budgetkommission** des Reichstags entwickelte sich Freitag eine längere Erörterung über die Gliederung des Konstruktionsdepartements. Den Anlaß dazu bot die Forderung der Marineverwaltung, einen neuen Vortragenden Rat zu bewilligen. Vom Zentrum wurde dagegen gesprochen und gleichzeitig angefragt, warum die Konstrukteure einem Offizier unterstehen, man solle sie doch selbständig machen. Staatssekretär von Tirpitz gab darauf längere Erklärungen über die Tätigkeit der Konstrukteure und ihre Stellung zum Offizierkorps ab. Weiter wurde über die Entwicklung der Schiffsbautechnik gesprochen und festgestellt, daß gerade in letzter Zeit erfreuliche Resultate erzielt worden seien. Diese Fortschritte seien, so betonte der Staatssekretär gerade während der jetzigen Organisation erreicht worden, an der man deshalb nichts ändern solle. Angeregt wurde die Schaffung einer zweiten Panzerplattenfabrik neben Krupp, damit unsere Privatwerften auch fremde Aufträge erhielten, z. B. von Rußland. Der Staatssekretär erklärte, die Russen hätten überhaupt im Auslande nicht bestellt, wenigstens die großen Schiffe wollten sie sämtlich selbst bauen. Mit der Ueberweisung der alten Schiffe an die Kolonien als Stationsboote sei er einverstanden. Das Kolonialamt habe aber noch nicht darauf geantwortet. — Der angeforderte Vortragende Rat wurde genehmigt. Vier Intendantursekretäre und vier Hilfskräfte, die nun gefordert werden, wurden nach längerer Aussprache, in der eine Erhöhung der Arbeitszeit verlangt wird, gestrichen. Zur Erläuterung erklärt der Referent, es müsse von oben her einmal gesagt werden, daß die Beamten auch einen Normalarbeitstag zu arbeiten hätten. In den Privatbetrieben müßten sie viel schwerer arbeiten; auf den Werften werde gebummelt. Dienstag: Weiterberatung.

— **(Militärische Unterschleife vor dem Kriegsgericht.)** Nach mehrtägiger Verhandlung ist vor dem Kriegsgericht der I. Garde-Division der Prozeß zu Ende geführt worden, dessen Hintergrund die umfangreichen Unterschlagungen in der Fußartillerie-Schießschule zu Jüterbog bildeten. Die Unterschlagungen sind so zustannde gekommen, daß der Haferlieferant Engel, der den Hafer für die Pferde zu schroten hatte, aus den Beständen der Schießschule viel mehr Korn erhielt, als er dann an Schrot ablieferte. Um diese Manipulationen soll der Wachtmeister Karstedt gewußt haben. Ferner sollen drei Unteroffiziere bei den Unterschlagungen Beihilfe geleistet haben. Für den zu viel erhaltenen Schrot gab Engel reichliche Trinkgelder. Außerdem revanchierte er sich den Angeklagten gegenüber durch Naturalien und Schnaps. Weitere Zuwendungen soll Engel der Frau und der Schwiegermutter Karstedts gemacht haben. Auf Grund der Beweisaufnahme, in der gegen 100 Zeugen vernommen wurden, erhielt Karstedt wegen Beihilfe zum militärischen Diebstahl 1½ Jahre Gefängnis, ein Angeklagter, ein ehemaliger Vizewachtmeister, wurde freigesprochen, ein Unteroffizier erhielt 1 Jhr 3 Monate, die anderen je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis wegen militärischen Diebstahls. Außerdem wurde gegen die Verurteilten auf Degradation erkannt.

Ausland.

Frankreich.

— **(Deutsches Material für die französischen Lenkballons.)** Der Deputierte Benazet hatte in die Kammersitzung ein Stück der Ballonhülle des zugrunde gegangenen Lenkballons „Republique" mitgebracht, um die leichte Zerreißbarkeit dieses von einer französischen Firma gelieferten Stoffes zu zeigen. Benazet behauptete, daß diese Firma den Stoff nicht selbst fabriziere, sondern minderwertige Sorten von einer deutschen Firma beziehe, deren gute Waren ausschließlich den deutschen Lenkballons vorbehalten blieben. Zugleich bemängelte Benazet, daß der von der französischen Kriegsverwaltung für ihre Ballons verwendete Wasserstoff aus einer Frankfurter Fabrik stamme. Auf die Anfrage, warum das Kriegsministerium den Stoff zu einer Ballonhülle von einer deutschen Firma bezogen habe, antwortete ein Regierungsvertreter, daß dieser Stoff bisher von keiner französischen Firma angefertigt worden sei, daß man aber hoffe, demnächst auch solchen von der französischen Industrie erhalten zu können. Nachdem Benazet dann noch an der zu schwerfälligen Organisation des militärischen Luftschiffwesens Kritik geübt hatte, wurde die Sitzung vertagt.

England.

— **Eine Krisis** im englischen Kabinett ist dem Anschein nach wegen der Frage ausgebrochen, ob zunächst der Kampf gegen das Oberhaus, die Beschränkung des Vetorechts der Peerskammer, in Angriff genommen oder vorher das Budget wieder vorgelegt werden soll.

Westfalen u. Rheinland.

Den Nachdruck der mit * versehenen Lokalartikel untersagen unsere Mitarbeiter unter allen Umständen.

Die Borgwirtschaft und die Lage des gewerblichen Mittelstandes.

Kamen, 15. Febr. Die Borgwirtschaft, das übermäßig lange Kreditieren der Waren und Lieferungen, wird in ihrer Bedeutung für die Lage des gewerblichen Mittelstandes von dessen Angehörigen vielfach noch nicht genügend gewürdigt. Dementsprechend erfahren die Mißstände auf diesem Gebiete auch noch nicht eine Bekämpfung wie sie zu wünschen wäre. Und doch ist die Reform des Kreditwesens für die Hebung des gewerblichen Mittelstandes von der größten Wichtigkeit. Hat das Kleingewerbe schon an und für sich schwer um seine Existenz zu ringen, so wird es durch die mißlichen Kreditverhältnisse noch weit mehr herabgedrückt. Muß der Geschäftsmann seine Waren und Leistungen längere Zeit borgen, so wird sein Betriebskapital, dessen Zweckbestimmung widersprechend, zum Darlehn. Die Folge ist, daß der Geschäftsmann oder Handwerker ein größeres Betriebskapital braucht, als dem Umfange seines Geschäfts entspricht. Das ist nun um so unerfreulicher, als die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes von Hause aus vielfach mit nur geringem Kapital ausgestattet sind. Die weitere Folge ist, daß sein Kapital nicht genügend ausgenutzt wird. Nicht nur, daß sein Betriebskapital durch das lange Borgen vielfach zinslos festliegt, selbst wenn er Zinsen berechnet, sind diese so mäßig, daß er mit dem Kapital im Geschäfte mehr verdienen kann. Dazu kommt, daß das lange Borgen kaum ohne Kapitalverluste abgeht. Je mehr aber der Geschäftsmann sein Kapital in Warenforderungen festlegt, um so mehr ist er auf der anderen Seite gezwungen, selbst Kredit in Anspruch zu nehmen. Dies kann er tun in Form von Bank- oder Warenkredit. Für den Bankkredit muß er Zinsen zahlen und zwar in der Regel höhere, als er selbst für seine ausstehenden Forderungen bekommt. Wie hoch der Bankzinsfuß in den letzten Jahren war, ist bekannt. Dem Geschäftsmann oder Handwerker aber gestattet das Gesetz, soweit es sich nicht um beiderseitige Handelsgeschäfte handelt und keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen sind, nur 4 Prozent Verzugszinsen zu berechnen. Auch eine Bestimmung, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre kaum mehr haltbar ist. Schlimmer ist es noch, wenn der Geschäftsmann einen größeren Warenkredit bei seinen Lieferanten in Anspruch nehmen muß. Er kann dann naturgemäß die günstigen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen nicht mehr in Anspruch nehmen, wie bei prompter Bezahlung. Für die Lieferanten ist die chronische finanzielle Schwäche ihrer Abnehmer schließlich auch kein erwünschter Zustand, und man kann es wohl begreifen, daß sie in den letzten Jahren bestrebt waren, durch Abschluß von Konventionen mit ihren Abnehmern die Zahlungsbedingungen straffer anzuziehen. Aber es ist ohne weiteres einleuchtend, daß dieses Bestreben auf die Dauer keinen vollen Erfolg versprechen kann, wenn nicht die Zahlungs- und Kreditverhältnisse im Geschäftsverkehr der Detaillisten und Handwerker mit ihren Kunden eine durchgreifende Besserung erfahren. Man kann daher die mittelständischen Korporationen nur immer wieder ermahnen, sich der Bekämpfung der Borgwirtschaft zu widmen.

*

Kamen, 15. Febr. **(Kaisers-Geburtstagsfeier.)** Der hiesige Artillerie-Verein feierte am Samstag abend in seinem Vereinslokale bei Herrn W. Kümper, den Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers, unter reger Beteiligung der Vereinsmitglieder und deren Angehörigen. Eingeleitet wurde die Feier durch einen, von Fräulein Hinsel gesprochenen Prolog. Die Festrede, vom 1. Vorsitzenden gehalten, endete mit einem begeistert aufgenommenem dreimaligen Hoch auf das hohe Geburtstagskind. Die Aufführungen gingen sehr flott von statten und ernteten reichen Beifall. Nach Abwickelung des Programms trat der Tanz in seine Rechte und noch mehrere Stunden blieben alle Teilnehmer in der fröhlichsten Stimmung beieinander. — Am Sonntag abend hatte die Vereinigung der 16er (Hackeläuer) ebenfalls eine Kaisersgeburtstagsfeier im Kümperschen Lokale veranstaltet, die in allen ihren Teilen würdig verlief.

Kamen, 15. Febr. **(Verschiedenes.)** In der Woche vom 23. bis 29. Januar sind im Landkreise Hamm folgende **Krankheits- und Todesfälle** zur Anmeldung gekommen: Erkrankungen an Scharlach 4 (3 Heeren, 1 Bergkamen), Diphtherie 6 (4 Kamen, 2 Unna), Ruhr 1 (Unna), Kindbettfieber 1 (Mark); Todesfälle durch Lungenentzündung 4 (2 Unna, je 1 Westerheide, Lünern), Tuberkulose 8 (2 Unna, je 1 Langschede, Altenbögge, Niedermassen, Bergkamen, Heeren, Fröndenberg), aus anderer Ursache 16.

(Stadthaushaltsplan pro 1910.) Der im Entwurf vorliegende Plan des Stadthaushalts für das Jahr 1910 weist in Einnahme und Ausgabe den Betrag von 310 000 Mk. auf (im Vorjahre 291 000 *M*). Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen: Aus Grundeigentum und Berechtigungen 7978.75 (7949.25) *M*., Kapitalvermögen 2652.24 (2706.07) *M*., Allgemeine Verwaltung, Polizeiverwaltung und sonstige Einrichtungen zur öffentlichen Sicherheit 3232 (3182) *M*., Steuerverwaltung 10500 (9500) *M*., 270% der Grundsteuer 8650.50 (8269.53) *M*., 270% der Gebäudesteuer 49 719.15 (40 351.57) *M*., 270% der Gewerbesteuer 14 957 (13 168.08) *M*., 225% der Einkommensteuer 156 574.44 (152 775.26) *M*., Besondere Gemeinde-Kopf-Gewerbesteuer 28 774 (29 772) *M*., Biersteuer 4300 (5000) *M*., Wanderläger 80 (80) *M*., Aus Gemeindeanstalten und -Einrichtungen mit Ausschluß der Schulen 12 440 (8440) *M*., Sonstige Einnahmen 200 *M*., Durchlaufende Einnahmen 5906.80 (5906.80) *M*. Ausgaben: Für Grundeigentum, bauliche Unterhaltung der städtischen Gebäude, Arbeitslöhne 2c. 3070 (4085) *M*., Zinsen, Abtragungen, Prozeß- und Insertionskosten 25 638 (22 738.10) *M*., Allgemeine Verwaltung, Besoldungen, Ruhegehälter, Unterstützungen und sonstige Ausgaben 43 321 *M*., Polizeiverwaltung und sonstige Einrichtungen zur öffentlichen Sicherheit 2c. 16 553 (16 003) *M*., Steuern, Abgaben und Lasten 854.23 (654.23) *M*., Gemeindeanstalten und -Einrichtungen mit Ausschluß der Schulen, sowie für Armenpflege 8165 (7715) *M*. Für Schulen: Realprogymnasium 26 070 (26 900) *M*., höhere Mädchenschule 6500 (6032.83) *M*., Fortbildungsschule 1753 (1753) *M*., Schulverband 104 700 (93 707.42) *M*., jüdische Schulkasse 2947.87 (2647.87) *M*., Miete und Heizung der Turnhalle, sowie für die Kleinkinderschule 1530.50 (1530.50) *M*. Für Staats-, Provinzial- und Kreiszwecke 52 800 (51 000) *M*.; Reichsbank 2000 (2500) *M*.; Sonstiges 75 (75) *M*.; Insgemein und zur Abrundung 7114 *M*.; Durchlaufende Ausgaben 5906 *M*. Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr.

Bei der in voriger Woche am evangelischen Lehrerinnen-Seminar zu Kaiserswerth stattgefundenen **Entlassungsprüfung bestand** Fräulein Johanna Rumpff, Tochter des Schuhmachermeisters Jul. Rumpff hier, das Examen für den Unterricht an höheren Schulen mit Auszeichnung, sodaß sie von der mündlichen Prüfung dispensiert werden konnte.

In der scharfen Kurve der elektrischen Straßenbahn von der Bahnhofstraße um Hotel Monopol nach dem Bahnhofe, wäre am Sonntag abend um ein Haar ein Menschenleben verloren gegangen. Den gegebenen Verhältnissen entsprechend, wird in der angegebenen Kurve nur sehr langsam gefahren und fortwährend Glockensignale gegeben, trotzdem wurde ein Mann, der sich unbar vor dem Wagen her noch die Geleise überschreiten wollte, aber ins Stolpern geriet, von dem Wagen erfaßt und unter den Vorderperron fest eingeklemmt. Der Aufmerksamkeit des Führers ist es zu danken, daß die Räder, die nur noch wenige Zentimeter von dem Gestürzten entfernt waren, diesen nicht zermalmten. Nachdem in wenigen Minuten das Rettungswerk getan war, stellte sich heraus, daß der Mann keinerlei Verletzungen davon getragen hatte.

Weddinghofen, 15. Febr. **(Goldene Hochzeit.)** Morgen, Mittwoch, feiern die Eheleute Landwirt Merschmann hier, das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Wir wünschen dem Jubelpaar im goldenen Kranze, daß ihm ein sonniger Lebensabend beschieden sei, auf daß es nach weiteren 10 Jahren auch die diamantene Hochzeit begehen kann.

|| **Hamm**, 15. Febr. **(Drei schwere Jungen verhaftet.)** Mit großem Erfolg hat in den letzten 8 Tagen die hiesige Polizei gearbeitet, in dem es ihr gelang, drei „schweren Jungen" auf einige Zeit das Handwerk zu legen. Am Freitag wurde hier der Bergmann Wilhelm Eckart aus Hörde verhaftet, der als Stallmeister und Wetterkontrolleur Eickmeier auftrat und in kurzer Zeit eine ganze Anzahl mit großer Dreistigkeit ausgeführte Logisschwindeleien und Diebstähle verübte. Der Gauner hat bereits 23 Jahre im Zuchthaus und 3 Jahre im Gefängnis zugebracht. Vor zirka 14 Tagen „arbeiteten" hier zwei Dortmunder Wechselfahrer und Ueberziehermarder, von denen einer sich als Referendar Berg ausgab und einem hiesigen Zigarrenhändler für den gelieferten Betrag von 9 Mk. einen gestohlenen Ueberzieher als Pfand aufschwindelte, während der andere in einem hiesigen Hotel einen neuen Ueberzieher entwendete. Der eine der beiden Schwindler, die beide viel auf dem Kerbholz haben, konnte auf Grund der Ermittelungen der hiesigen Polizei bereits vor 8 Tagen in Dortmund in der Person des Arbeiters Stenebrügge festgenommen werden. Der andere, ein gewisser Lüttgert aus Dortmund, wurde Sonntag nachmittag von drei Polizeibeamten verhaftet, als er seine hier wohnhafte Braut besuchen wollte. Der mit mehreren Legitimationen auf verschiedene Namen versehene Gauner setzte seiner Verhaftung großen Widerstand entgegen, noch in der Arrestzelle sprang er plötzlich auf einen Polizeibeamten los und versuchte, ihn in die Kehle zu beißen. Es handelt sich bei beiden Verhafteten um ganz gerissene Gauner, die äußerst elegant und gewandt auftraten.

*

Disziplinare Bestrafung sämtlicher Dortmunder Rektoren.

Dortmund, 14. Febr. Am Aschermittwoch wurden alle Rektoren der Dortmunder Volksschulen, wie dem „Berl. Tgbl." von hier gemeldet wird, nach dem Rathause vorgeladen. Hier machte ihnen der Kreisschulinspektor als Vertreter der Königl. Regierung in Arnsberg die Eröffnung, daß ihnen auf Grund des Disziplinargesetzes eine „protokollarische Verwarnung" erteilt werde, weil sie durch eine Eingabe an den Magistrat eine Achtungsverletzung vor diesem begangen hätten.

Mit dieser Eingabe verhält es sich folgendermaßen: Durch die neue Gehaltsregulierung in Dortmund sind die seminaristisch gebildeten Lehrer an höheren Schulen um mehr als 1000 Mark besser gestellt als ihre Kollegen an den Volksschulen; auch die Rektoren bleiben im Gehalt hinter den an höheren Schulen wirkenden Seminarikern zurück — beides Umstände, mit denen Dortmund in ganz Preußen einzig dasteht. In der Eingabe gaben die Rektoren ihrem Empfinden Ausdruck, daß in dieser verschiedenen Gehälternormierung eine Unterschätzung der Volksschule und der an ihr geleisteten pädagogischen Arbeit zum Ausdruck komme. Einen Protest oder irgendeinen praktischen Schritt stellte die Eingabe nicht dar. Der Magistrat bildet keinen vorgesetzte Behörde der Lehrer und Rektoren. Er war daher seinerseits zu einer Rüge nicht zuständig. Sie ist nun aber durch die Regierung erfolgt und damit der Grundsatz aufgestellt worden, daß Lehrer dem Magistrat gegenüber einen Empfindungsausdruck der Nichtübereinstimmung zu unterlassen haben.

*

Dortmund, 14. Februar. **(Verschiedenes.)** Der hiesige Magistrat beabsichtigt eine **kommunale Biersteuer** einzuführen. Die Aussichten auf Annahme der entsprechenden Vorlage durch die Stadtverordneten scheint jedoch gering zu sein

Die Personen, die kürzlich in der Dürenerstraße den Schutzmann Affeld überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt haben, sind nunmehr **gefaßt**. Es sind die Bergleute Heinrich Busse, Gustav Boldt und Karl Nicke. Ebenso wurden die Einbrecher, die in den letzten Tagen in größeren Geschäften Diebstähle verübten, indem sie die Schaufenster zertrümmerten, **verhaftet**. Der Haupttäter ist der Arbeiter Heinrich Uebel aus Holtum, der erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen worden ist.

Einem **Bauernfänger** fiel ein hiesiger Arbeiter in die Hände. Er wurde auf der Wilhelmstraße von einem Mann, der sich als Franzose ausgab, ersucht, in einem Laden für 1 Mk. Zigarren zu holen und als Sicherheit sein Portemonnaie zurückzulassen. Bei seiner Rückkehr war der angebliche Franzose mit dem Portemonnaie, in dem sich etwa 50 Mk. befanden, verschwunden.

In einem hiesigen Geschäft wurde ein Angestellter verhaftet, der auf Abschnitten von Postpaketadressen mit Blaustift unfrankierte Postbeträge geschrieben hatte, was sonst von der Post geschieht. Er trennte die so beschriebenen Adressenabschnitte ab, und erhob bei der Geschäftskasse die Beträge, die 50 Pfg. bis 2 Mk. betrugen. Der Betrag der so vorgenommenen **Unterschlagungen** beläuft sich auf rund 500 Mk.

Der Oberbergamtssekretär Jakob Mohr, der angeblich Unterschlagungen begangen hat, von der Polizei verhaftet wurde und dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden sollte, machte einen Selbstmordversuch, indem er sich einen **Schuß in die Schläfe** beibrachte. Auf dem Transport zum Krankenhause ist er gestorben. Mohr ist derselbe Beamte, der im April v. J. einen Selbstmordversuch anstellte, indem er sich in seinem Bureau einschloß und die in dem Zimmer befindlichen Gegenstände in Brand setzte. Damals nahm man an, man habe es mit einem Geistesgestörten zu tun.

(?) **Witten**, 12. Febr. **(Eine schreckliche Tat.)** Ein an der Crengeldanzstraße wohnender Bierbrauer überfiel im Streit seine Frau mit einem Hackmesser und verletzte sie so schwer, daß sie dem Krankenhause zugeführt werden mußte. Nach Verübung der Bluttat stürzte sich der Mann in einen Teich, aus dem man ihn nur als Leiche landen konnte. Wie es heißt, sind mißliche Familienverhältnisse Schuld an dem beklagenswerten Vorkommnis.

H **Hagen**, 12. Febr. **Bei der Ersatzwahlmännerwahl** im Wahlkreise Hagen-Schwelm wurden bei äußerst schlechter Wahlbeteiligung nur freisinnige und nationalliberale Wahlmänner gewählt. Beide Parteien haben einen kleinen Gewinn zu verzeichnen. Die Sozialdemokraten hatten bekanntlich Wahlenthaltung beschlossen.

** **Hattingen**, 12. Febr. **(Ein Kampf zwischen Polizei und Einbrechern.)** In Sprockhövel wurde nachts bei der italienischen Familie Barganosco ein Kistchen mit Wertsachen und 300 *M*. barem Gelde aus einem Zimmer gestohlen, in dem die Eheleute B. schliefen. Der Erfolg hat die Spitzbuben ermutigt; sie kamen nämlich in der vergangenen Nacht wieder und stahlen bei dem Wirt Kasp. Frieger in Sprockhövel 500 *M*. und mehrere Uhren und andere Wertsachen. Auf dem Bahnhof Bredenscheid konnten die Spitzbuben, von den sie verfolgenden Beamten gestellt werden. Aber kaum war der Zusammenstoß erfolgt, als einer der Einbrecher, der Bergmann Hörster aus Stiepel, den Revolver zog und den Polizeisergeanten Gerlach durch eine Schuß niederstreckte. Hörster ergriff darauf die Flucht und entkam au. Sein Begleiter, der Bergmann Scheerer aus Linden, der ebenfalls einen geladenen Revolver bei sich trug, wurde festgenommen und dem Gerichtsgefängnis übergeben. Bei dem verletzten Beamten liegt Lebensgefahr vor. Der Schuß ist in die linke Seite gegangen und das Geschoß konnte noch nicht entfernt werden.

** **Essen**, 12. Febr. **Wegen schweren Einbruchsdiebstahls** bezw. wegen Begünstigung und Hehlerei hatte sich eine zehnköpfige Einbrecherbande, bestehend aus dem Fabrikarbeiter Joh. Steinmann, dem Arbeiter Wilhelm Ruhrberg, dem Bergmann August Neumann, dem Former Wilhelm Seenen, dem Bergmann Nikolaus Schwimmer, der unverehelichten Anna Atzkowski, der Haushälterin Ida Holtmann, sämtlich aus Gelsenkirchen, dem Arbeiter Karl Wunthe, der Ehefrau Breller und dem Knecht Franz Mrugalski aus Wanne, vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Bei den Angeklagten Wunthe, und Ehefrau Breller, die in Wanne gemeinschaftliche Wohnung inne hatten, verkehrten im September vorigen Jahres die vier erstgenannten Angeklagten. Dort planten sie einen großen Einbruchsdiebstahl. Die Ehefrau Breller begünstigte das Treiben dadurch, daß sie den Dieben ihre Wohnung zur Unterbringung der zu stehlenden Sachen zur Verfügung stellte. Vor Ausführung der Tat gab Wunthe den Dieben noch einen Schlüssel zu der Wohnung, damit diese auch zur Nachtzeit ungestört ihr Hehlernest aufsuchen konnten. In der Nacht zum 21. September erbrachen die vier das Geschäftslokal des Kaufmanns Hermann Hirsch in der Schalker Straße und erbeuteten Anzüge und Paletots im Werte von 2200 Mark. Die Sachen wurden zunächst, wie verabredet, zu der Breller und Wunthe gebracht, von wo aus ein Teil derselben verkauft bezw. versetzt wurden. Auch in die Wohnung des Schwimmer wurde ein Teil verschleppt. Die Diebe waren geständig. Da sie noch nicht vorbestraft waren, erkannte die Strafkammer auf Strafen von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, gegen Ruhrberg und Neumann auf 3 Monate bis 1 Monat Gefängnis.

** **Barmen**, 12. Febr. **(Eisenbahnunfall.)** Gestern morgen 4¾ Uhr entgleisten bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof Wichlinghausen der drittletzte Wagen des Güterzuges 7324. Der Wagen wurde bis zum Bahnhof Barmen-Loh mitgeschleift. Der Wagen sowie einige Bauwerke auf der Strecke wurden nicht unerheblich beschädigt. Der Betrieb wurde eingleisig aufrecht erhalten. Personen wurden nicht verletzt. Die Ursache ist noch nicht ermittelt.

** **Duisburg**, 14. Febr. **(Achtet auf die Kinder!)** Im Hausflur eines Hauses in der Hopfenstraße stürzte das 7jährige Töchterchen der Eheleute Geduhn in einen Kessel mit heißem Wasser. Im Krankenhaus ist das Kind den erlittenen Verletzungen erlegen.

** **Duisburg,** 12. Febr. **(Ertrunken.)** Im alten Hafen in D.-Ruhrort stürzte der Schüler Karl Süß beim Fischen ins Wasser und ertrank.

Kaiserslautern, 14. Febr. **(Familienorama.)** In St. Ingbert tötete der 28jährige Maschinist Philipp Wagner seine gleichaltrige Ehefrau durch einen Revolverschuß, verletzte seine vier Kinder im Alter von 6,4 und 2 Jahren und von 4 Monaten durch Hammerschläge auf den Kopf lebensgefährlich und tötete sich dann selbst durch einen Revolverschuß. Das Motiv der Tat steht noch nicht fest.

** **Hönnigen,** 12. Febr. **(Achtet auf die Kinder!)** Das 3½ Jahre alte Söhnchen des praktischen Arztes Dr. Pollitz fiel beim Spielen in den Rhein und ertrank.

Saarbrücken, 12. Februar. **Oberst von Schwarzkoppen,** Kommandeur des Inf.-Regts. Nr. 70, ist durch Sturz vom Pferde, das ihm durchging, getötet worden.

Aus aller Welt.

— **Fliegerunfall.** Der Flieger August Euler, der zur Zeit auf dem Truppenübungsplatz bei Darmstadt seinen neuen, mit einem 80pferdigen Motor ausgestatteten, auch für Passagierfahrten eingerichteten Flugapparat probiert, erlitt einen Unfall. Bei einem Flugversuch kenterte der Apparat in einer Höhe von 40 Meter und stürzte seitlich ab. Das Untergestell und die Propeller wurden zerstört. Euler selbst wurde leicht verletzt.

— **Das bekannte große Heilbad** Vetriolo im Suganertal ist gänzlich abgebrannt. Nur die Kirche wurde gerettet. Der Schaden beträgt eine halbe Millionen Mark.

— **Aus dem Zuge gestürzt.** Aus dem Vormittagszuge Magdeburg—Stendal stürzten in der Nähe der Station Mahlwinkel zwei Kinder einer Auswandererfamilie aus einem Coupe 4. Klasse aus dem Zuge. Das eine Kind wurde schwer verletzt, während das andere mit leichteren Verletzungen davonkam. Der Zug hielt und die Kinder wurden in das Krankenhaus nach Stendal überführt.

— **Von Haifischen aufgefressen.** Der hier eingetroffene Dampfer „Plauen" der westaustral. Dampfschiffahrtsgesellschaft hat auf tragische Weise einen Offizier verloren. Am 27. Dezember vorigen Jahres befand sich das Schiff 200 Seemeilen von Sydney entfernt. Der erste Offizier Widt hatte sich an der Backbordseite zu tun gemacht, als er durch einen plötzlichen Ruck über Bord geschleudert wurde. Der Offizier war ein vorzüglicher Schwimmer und die See ruhig. Man warf ihm daher einen Rettungsgürtel zu und war im übrigen nicht im geringsten um ihn besorgt. Ein Rettungsboot wurde ausgesetzt, dessen Mannschaft der Offizier zuwinkte. Schon war das Boot dicht an den Schwimmer herangekommen, als dieser plötzlich mit dem Rettungsgürtel in der Tiefe verschwand. Nach wenigen Minuten kam der Gürtel an die Oberfläche. Von dem Offizier war nichts zu sehen. An seiner Stelle sah man Haifische auftauchen. Der Offizier war von einem der Ungeheuer in die Tiefe gezogen worden.

— **Dem Henkerbeil entrissen.** Der Hofbesitzer Baucke, der wegen Doppelmordes an seiner Ehefrau und seiner Schwägerin von dem Schwurgericht Lüneburg zweimal zum Tode verurteilt worden ist, wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

— **Ein Brand** brach in der Wollwarenfabrik von Kuhn und Co. in Brünn aus. Das Hauptgebäude wurde vollständig zerstört, auch mehrere Nebengebäude in Mitleidenschaft gezogen. Mehrere Arbeiterinnen sprangen aus den oberen Stockwerken auf die Straße hinab, wobei sie sich schwere Verletzungen zuzogen. Eine Arbeiterin ist erstickt.

— **Kurpfuscherei mit — Todes„erfolg".** Die Strafkammer in Nordhausen verurteilte nach nahezu 10stündiger Sitzung den Rentner Otto Scheye von hier, der schon seit langen Jahren im Verdachte der Kurpfuscherei stand, wegen Kurpfuscherei mit Todeserfolg zu einem Jahr 6 Monaten Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und wegen Vertriebs von verbotenen Heilmitteln zu 90 Mark Geldstrafe. Er hatte im vorigen Jahre durch Verabreichung von Sublimatpastillen den Tod einer Beamtenfrau verursacht.

— **Studentenkrawalle.** In letzter Zeit fanden in Innsbruck wiederholt kleinere Zusammenstöße zwischen klerikalen und deutsch-freiheitlichen Studenten statt. Letzte Nacht kam es nun zu einer blutigen Schlägerei, an der sich über hundert Studenten beider Parteien beteiligten. Eine große Anzahl von Polizisten schritt ein und zögerte nicht, vom Leder zu ziehen. Drei Studenten wurden durch Säbelhiebe bedeutend verletzt.

— **3 Kinder ertrunken.** Bei Lunzenau ertranken gestern nachmittag auf dem Eise eines Teiches 3 Arbeiterkinder im Alter von 13, 10 und 7 Jahren, darunter Bruder und Schwester, ein und ertranken, da das Unglück nicht sofort bemerkt worden war.

*

Hofrichters Schuld erwiesen.

Die Untersuchung gegen den Oberleutnant Hofrichter nähert sich ihrem Ende. Im Verlaufe der Untersuchung wurden in Wenn mehr als 50 Zeugen aus Mostar vernommen, wo Hofrichter im Winter vorigen Jahres in Garnisonn gewesen war. Die Aussagen dieser Zeugen betrafen größtenteils die für die Untersuchung wichtigste Frage der Giftbeschaffung. Dieser Teil der Untersuchung hatte den vollkommenen Beweis für die Schuld Hofrichters erbracht. Ende der nächsten Woche beginnt das sogenannte Schlußverhör, dem die Untersuchung des Geisteszustandes Hofrichters folgen wird. — Die Kosten der bisherigen Untersuchung betragen an Zeugengebühren, Reiseauslagen, Sachverständigenhonorare und dergleichen über 30 000 Kronen. Die Gattin Hofrichters überreichte dem Militärgericht eine Eingabe, in der sie um ihre Vernehmung als Zeugin bittet. Das Gericht wird dieses Ansuchen bewilligen und Frau Hofrichter im Laufe dieser Woche vernehmen. Bei dieser Gelegenheit würde der unglücklichen Frau auch eine Unterredung mit ihrem unglücklichen Gatten bewilligt werden.

*

— **Ein Todesmarsch der Gebirgsartillerie.** Bei der Uebung am Freitag einer Südtirol trat ein heftiger Schneesturm ein. Die Maultiere fielen um und die Mannschaft ermattete vor Kälte. 4 Soldaten erfroren die Füße. Der Verkehr im Lechtal und im Bregenzer Wald ist durch Lawinenstürze unterbrochen.

— **Blutige Streikunruhen.** In Glaulhet unweit von Toulouse kam es Donnerstag zu ernsten Zusammenstößen zwischen der Gendarmerie und den ausständigen Wollkremplern. Die Ausständigen erfuhren am Nachmittag, daß eine größere Materiallieferung für eine der vom Ausstande betroffenen Fabriken unterwegs sei. Sie besetzten nun zu Hunderten, Männer und Weiber, die Saint Jean-Brücke, um dem Transport den Weg zu verlegen. Die einschreitenden Fußgendarmen wurden von einem Hagel von Steinen und Holzkloben empfangen, wobei drei verletzt wurden. Dann ging die berittene Gendarmerie vor, und nun kam es zu einer förmlichen Schlacht, bei der viele Fußgendarmen unter die Pferde ihrer berittenen Kameraden kamen und verwundet wurden. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Festgenommenen wurden nach dem Rathause gebracht, wohin die Volksmenge folgte. Dort verlangten sie die Freilassung der arretierten Kollegen, was der Unterpräfekt, um die Ruhe wiederherzustellen, auch gewährte.

— **Eine Bestrafung Vanderbilts.** Nach einer Meldung aus Paris wurde der amerikanische Milliardär Vanderbilt von der ersten Kammer des Pariser Tribunals zu einer Geldstrafe von 20 000 Frank verurteilt, weil er im Februar 1907 mit seinem Automobil auf einer Reise durch Frankreicht einen Pferdehändler überfahren hat.

*

In neunzehn Tagen von Peru nach England.

Jules Vernes „Reise in 80 Tagen um die Welt" ist durch einen Passagier der „Mauretania", wenn auch nicht in bezug auf Distanz, so doch an Schnelligkeit weit übertroffen worden. Vor 14 Tagen befand sich Mister Gahan, der Schnellreisende, noch in Lima in Peru, da erhielt er ein Telegramm aus London des Inhalts, daß seine Anwesenheit in der englischen Hauptstadt bei einer in 19 Tagen stattfindenden Versammlung von Minendirektoren unbedingt nötig sei. Die Reise von Lima nach London dauert durchschnittlich 32 Tage, und die Entfernung beträgt über 7000 englische Meilen. Nichtsdestoweniger lief Mister Gahan mit einer Reisetasche sofort nach dem Hafen, fand dort ein kleines Schiff, das Dampf auf hatte, und überredete dessen Kapitän, ihn für gutes Geld nach Panama zu bringen. Von da ging es per Extrazug nach Calon auf der anderen Seite des Isthmus, wo der telegraphisch benachrichtete Dampfer „Prinz August Wilhelm" seine Abfahrt um einen Tag verschoben hatte, um Gahan mit nach New York zu nehmen. Als sich der „Prinz August Wilhelm New York näherte, mußte befürchtet werden, daß er dort nicht mehr früh genug eintreffen würde, um Gahan den Uebergang auf die „Mauretania" zu ermöglichen. Es wurde deshalb mittels drahtloser Verbindung ein besonders schnelles Dampfboot bestellt, das dem „August Wilhelm" entgegenfuhr und Gahan mit Windeseil nach New York und ohne vorherige Landung direkt nach der „Mauretania" brachte, die eben im Begriffe war, abzufahren, Wenn die „Mauretania keine Verspätung hat, wird Mr. Gahan am Morgen des neunzehnten Tages rechtzeitig bei Eröffnung der Versammlung der Minendirektoren in London eintreffen.

*

— **570 000 Lire unterschlagen.** Ein kleiner Bureaubeamter des Credito Italiano in Florenz unterschlug im Laufe der Zeit mit gefälschten Schecks und falschen Rechnungen 570 000 Lire. Die mitangeschuldigten Angestellten sind meist kleine Beamten kleinerer Banken. Sie wurden verhaftet. Der Hauptanstifter entfloh und ließ seine Familie im größten Elend zurück.

— **Die Schulden** des Prinzen Miguel von Braganza. Prinz Miguel von Braganzas letzte skandalöse Finanzkalamitäten haben seiner ohnedies schon erschütterten Stellung bei Hofe und in der Wiener aristokratischen Gesellschaft den Rest gegeben. Es wurde dem Prinzen bedeutet, daß, ehe, seine Schulden bezahlt sind, er nicht nach Oesterreich kommen, und, wenn die Skandale noch lange andauern, er überhaupt nicht mehr zurückkehren dürfe. Die Gesamtsumme der Schulden beträgt vier Millionen Mark.

— **Bei einem Hotelbrande verletzt.** Bei einem Brande des Hotels Harris in Washington sprang die Familie bestehend aus Vater, Mutter und Kind, aus einem der oberen Stockwerke auf die Straße. Alle drei Personen wurden schwer verletzt. Der durch das Feuer angerichtete Schaden war jedoch nur gering.

Neueste Nachrichten

Zusammenstösse bei den Wahlrechts-Demonstrationen.

H **Essen,** 14. Febr. Im benachbarten Rüttenscheid fand eine große sozialdemokratische Versammlung statt. Hierauf versuchten die Demonstranten zur Stadt zu gelangen, wurden aber durch ein größeres Aufgebot von Schutzleuten daran gehindert, die alle Straßen, die von Rüttenscheid zur Stadt führten, abgesperrt hatten. Nachdem die Demonstranten auf Umwegen doch in die Stadt eingedrungen waren, kam es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen. Am Limbeckerplatz mußten die Schutzleute mit blanker Waffe vorgehen, wobei zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Gegen 9 Uhr abend war die Ruhe wiederhergestellt. — Auch in Duisburg kam es im Verlaufe einer Straßendemonstration gegen die Wahlrechtsvorlage zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die von der Waffe Gebrauch machte. Einige Personen wurden leicht verletzt; eine wurde verhaftet. Die Demonstranten wurden in die Gegend des Gewerkschaftshauses zurückgedrängt, wo sie sich alsbald zerstreuten.

H **Berlin,** 14. Febr. Ueber die hiesige Demonstrationen wird noch berichtet: Im ganzen wird die Zahl der Versammlungsteilnehmer auf 150 000 geschätzt. Auf einem Spielplatz im Humboldthain wurde eine Versammlung unter freiem Himmel improvisiert, an der 30 000 Männer und Frauen teilnahmen. Von den Schultern eines Arbeiters herab hielt der Abg. Ledebour eine Ansprache an die Versammelten. Dann wurde Dr. Breitscheid auf die Schultern gehoben. Er betonte, daß beim preußischen Wahlrechtskampf das Bürgertum und die Arbeiterschaft zusammengehen müßten. Auch der Abg. Pfannkuch begrüßte die Kampfgenossen. Nach der Demonstration ist es doch zu kleineren Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Vom Humboldthain zog ein großer Trupp Kampfgenossen nach der Friedrichstadt. Dort stellte sich ihnen ein Schutzmannsaufgebot entgegen und versuchte sie nach der Karlstraße abzudrängen. Dabei entstand ein starkes Gedränge. Die Demonstranten konnten der Aufforderung nicht Folge leisten. Die Schutzleute zogen blank und einige hieben mit flacher Klinge auf die Menge ein. Im ganzen wurden drei Personen schwer, mehrere andere leichter verletzt. Auch nach den Versammlungen in Rixdorf fand ein improvisierter Demonstrationsspaziergang auf den Hauptstraßen statt. Die Massen bewegten sich in größter Ordnung bis zum Hohenzollernplatz. Hier kam es zu Stockungen. Die Demonstranten riefen den Schutzleuten zu „Bluthunde! Schmeißt doch die Blauen aufs Pflaster!" und drängte gegen die Schutzmannschaften an. Ein Polizeileutnant forderte die Menge auf, weiterzugehen. Als Antwort erfolgten einige Steinwürfe. Darauf gab der Leutnant Befehl, blankzuziehen. In demselben Augenblick flog gegen den Polizeiwachtmeister Beck ein Stein, der von hinten geworfen worden war. Beck stürzte, am Kopf getroffen, zu Boden und blieb einige Sekunden besinnungslos liegen. Der Stein hatte das Leder des Helms glatt durchschlagen und dem Beamten hinter dem Ohr eine tiefe Fleischwunde beigebracht. Da der Leutnant sah, daß er mit seinen paar Leuten nichts auszurichten vermochte, gab er Befehl, die Waffe wieder einzustecken. Es gelang schließlich den Platz zu räumen.

In Halle a. d. S. kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten, wobei einige Personen verletzt wurden. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Polizei wurde nachmittags durch eine Kompagnie Infanterie verstärkt. Auch in Magdeburg kam es nach den Versammlungen zu heftigen Zusammenstößen mit der Schutzmannschaft. Auch hier sind viele Verhaftungen erfolgt. In Duisburg fanden ebenfalls blutige Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Demonstranten statt. Einzelne Demonstranten sollen hier mit Schirmen und Stöcken auf die Beamten eingeschlagen haben, worauf die Polizei blank zog und drei Personen verletzte. Unter den Verwundeten befindet sich der Redakteur Schoch von der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung". In Frankfurt a. M. kam es ebenfalls zu Zusammenstößen, wobei 50 Sistierungen vorgenommen wurden. Redakteur Heinrich Wendel wurde verhaftet, und zwar in dem Augenblick, als er von den Stufen des Bismarckdenkmals aus ein Hoch auf das allgemeine freie Wahlrecht ausbrachte. In Kiel wurde von der Waffe kein Gebrauch gemacht. Soweit bekannt, wurde nur ein Arbeiter verhaftet, weil er einen Schutzmann „Bluthund" genannt haben soll. In Königsberg i. Pr. kam es beim Abdrängen der zur Stadt zurückkehrenden Mannschaften am Königstor zu Ansammlungen, die von der Polizei und Gendarmerie mit blanker Waffe auseinandergetrieben wurden. Hierbei wurden drei Personen verletzt, 10 verhaftet.

Schwerer Raubanfall auf eine Witwe

H **Dresden,** 14. Februar. In der vergangenen Nacht gegen 9 Uhr wurde die im 5. Stockwerk des Hauses Jüdenhof 3 wohnhafte Witwe Heinz, als sie in ihr Zimmer zurückkehrte, von einem Mann überfallen, der sich unter ihrem Bett verborgen hatte. Mit den Worten: „Das Geld oder das Leben!" würgte er sie am Halse und verletzte sie lebensgefährlich, sodaß sie zu Boden sank. In ihrer Herzensangst bat sie um ihr Leben und holte ihre gesamten Ersparnisse im Betrage von 249 Mk. herbei. Mit dem Gelde flüchtete der Verbrecher. Der schnell benachrichtigten Polizei gelang es jedoch, seine Spur zu verfolgen und ihn festzunehmen. Das Geld fand man bei ihm noch vor. Es ist der 21jährige Arbeiter Hohne. Da er bei seiner Verhaftung Widerstand leistete, wurde er schwer verletzt und mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Ballonfahrt über die Alpen.

W **Bern,** 14. Februar. Der Ballon „Berlin" ist Sonnabend 2,50 Uhr in St. Moritz aufgestiegen und nach 22 stündiger Fahrt südlich von Mailand glatt gelandet. Die höchste Höhe betrug 6300 m, die größte Kälte 38 Grad.

Zur Schiffskatastrophe im Mittelmeer.

H **Paris,** 14. Februar. Zu dem Untergang des Dampfers „General Chanzy" wird noch gemeldet. Als einzige Leichen wurden gestern die eines Mannes von etwa 30 Jahren und einer Frau, die ihr Kind umklammert hielt, an das Ufer geschwemmt. 6 französische Torpedojäger werden von morgen ab die an der Unglücksstätte schwimmenden Leichen zu bergen suchen. Der einzige Ueberlebende Baredez will sich jetzt deutlich einer Kesselexplosion in der Nähe des Riffs von Correnueva erinnern. Nach den Aussagen Baredez war das Licht des Leuchtturms in dem Morgennebel kaum wahrzunehmen.

Schreckenstat eines irrsinnigen Grossindustriellen.

H **Paris,** 14. Febr. Dem Pariser Großindustriellen Baillon gelang es, aus einer Privatirrenanstalt zu entweichen und in seine Wohnung zu gelangen. Dort gab er gegen seine Frau und seine 3 Töchter mehrere Revolverschüsse ab, wodurch die Frau schwer verletzt wurde, dann erschoß sich der Mann, ehe Hilfe kam.

Wieder eine Dampfer-Katastrophe.

H **London,** 14. Febr. In der Straße von Magelhan ist der Pacific-Dampfer „Lima" gescheitert und gilt als verloren. Der erste Steuermann und 50 Passagiere sind ertrunken. Ein englischer Dampfer nahm 205 Schiffbrüchige auf.

H **London,** 14. Febr. Die Pacific-Dampfschiffahrtsgesellschaft bestätigt aus Valparaiso, daß der Dampfer „Lima" vollständig verloren ist. Er strandete an der Küste der Insel Huamelin. Ein englischer Dampfer ist mit 118 Dampferpassagieren und 17 Mann der Besatzung in Ancuo eingetroffen. 50 Personen sind ertrunken. An Bord verblieben noch 38 Mann Besatzung und 44 Passagiere. Die Regierung sandte zwei Dampfer zur Rettung der Ueberlebenden aus.

Die seltenste Briefmarke der Welt ist die berühmte blaue oder rote Mauritius, die auch am höchsten im Preise steht. Gerade umgekehrt wie bei den Briefmarken verhält es sich bei den Zigaretten-Marken. Hier ist nicht die Seltenheit, sondern im Gegenteil die Verbreitung der Maßstab für den Wert. Eine Zigarette wie z. B. die bekannte Salem-Aleikum ist eben deshalb überall so beliebt und verbreitet, weil sie sich durch immer gleichmäßig gute und feine Qualität auszeichnet. Diese Tatsache ist um so erfreulicher, als die Salem-Aleikum-Zigarette von einer deutschen Firma (Orientalische Tabak- und Zigarettenfabrik Yenidze-Dresden) aus erlesenem orientalischen Tabak fabriziert wird und von der hohen Entwickelung unserer vaterländischen Zigarettenindustrie zeugt.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer in Kamen

Ich verkaufe wegen Fortzug mehrere eleg. Kronleuchter und andere Gaslampen, 1 Gas-Stehlampe, 2 Gasöfen, 1 Majolika-Herd mit Aufsatz, 1 Eisschrank, 1 komplette Bade-Einrichtung mit Gasheizung, mehrere Tische, Stühle, Schränke, Teppiche, 1 Fahrrad, 1 komplettes elegantes Eichen-Speisezimmer und viele andere Sachen.

Besichtigung eventl. Kauf täglich, zu Lieferung gegen den 20. März.

Gabriel Jacoby,
Kamen, Bahnhofstraße 7.

Aelteres
Mädchen
oder Frau ohne Anhang zur selbständigen Führung meines Haushalts (2 Personen) auf sofort oder später gesucht. 228
C. Kefenbaum,
Kamen, Schlachthof.

Einfaches
Mädchen,
welches melken kann, für kinderl. Haushalt zum 1. April gesucht. 229
Vorstellung Sonntag den 20. Februar nachmittags.
Kamen, Nordstr. 31 II.

Pfauhenne
abhanden gekommen.
Gegen Belohnung abzugeben bei 230
Schulze, Bergkamen.

Westfälische Kreditanstalt Kamen

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien

Bahnhofstr. 47. **Telefon 62.**

Eröffnung laufender Rechnungen
mit und ohne Kreditgewährung.
Diskontierung und Einziehung von Wechseln, Kupons u. ausgelosten Wertpapieren.
Einlösung von Domizil-Wechseln.

An- und Verkauf fremder Geldsorten, Aufbewahrung, Verwaltung u. Beleihung von Wertpapieren, Ausstellung von Kreditbriefen.
Ausführung von Börsenaufträgen
für sämtliche Börsen des In- und Auslandes.

An- und Verkauf von Kuxen, Obligationen und Aktien ohne Börsennotiz.

Provisionsfreier Check-Verkehr, Annahme von Spar-Einlagen.

Safes.

207

Miet-Pianos
in grosser Auswahl, günstige Bedingungen bei späterem Kaufe
Rudolf Ibach Sohn,
Barmen, Neuerweg 40/42

Städt. Realprogymnasium i. E.
zu Kamen.

Anmeldungen

zu Ostern 1910 werden für die Klassen Sexta bis Untersekunda einschl. **Montag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag** von **11—12 Uhr** entgegengenommen.

Dazu sind vorzulegen:

1. Geburtsurkunde.
2. Impf- oder Wiederimpfschein.
3. Abgangszeugnis der zuletzt besuchten Schule.

Der Direktor: Dr. H. Everlien.

164

Verblasste Stoffe kann jeder leicht u. billig selbst färben



mit den echten BRAUNS'SCHEN FARBEN
für Hausgebrauch.
= Millionenfach bewährt. =
Zu haben in Apotheken, Drogen- u. Farbenhandlungen. Man achte auf nebenstehend abgebildete Schleifenmarke.

SCHUTZ-MARKE

184 146

Sand
zum Mauern u. Verputzen, für Gärten u. Wegebautenzwecke
empfiehlt billigst
Heinrich Dalhoff,
Hiltrup i. W.
Sandgrube mit Eisenbahnanschluß. 161
Telephon-Amt Hiltrup Nr. 22.

Institut Boltz
Ilmenau i. Thür.
Einj., Fähnr.-, Prim.-Abitur.-(Ex.) Schnell, sicher. Pr. frei. h1469

„Meine Frau war ihr Leben lang über 50 Jahre mit einer **häßlichen** 48
Flechte
behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Nachdem sie **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** angewendet hat, fühlte sie sich wie neugeboren. **In 3 Wochen waren die Flechten beseitigt. Zucker's Patent-Medizinal-Seife ist Tausende wert.** E. W. in L." a Stck. 50 Pf. (15%ig), u. 1.50 M. (35%ig, stärkste Form). Dazugehörige Zuckooh-Creme 75 Pf. u. 2 M., ferner Zuckooh-Seife (mild) 50 Pf. u. 1.50 M. Bei Heinrich Jacobi, Germania-Drog., Carl Müller jun., Löwen-Drog., u. H. P. Thiel, Drog.; in Heeren: Ew. Thiel.

Verdingung.

Zu vergeben sind:

A) Für den 4-klassigen evangelischen Schulneubau auf dem Kirchplatz
Los I: Auf die Erd- und Maurerarbeiten
Los II: Auf die Zimmerarbeiten

B) Für den Erweiterungsbau des Feuerwehrgerätehauses an der Hammerstraße
Los I: Auf die Erd- und Maurerarbeiten
Los II: Auf die Zimmerarbeiten.

Diese Arbeiten werden getrennt oder zusammen vergeben.

Zeichnungen und Bedingungen liegen auf dem Stadtbauamt zur Einsichtnahme aus.

Die Verdingungsanschläge sind daselbst gegen Erstattung der Druckkosten zu beziehen.

Verschlossene und mit entsprechender Aufschrift versehene Offerten sind **bis zum Sonnabend, den 19. Februar d. J., vormittags 11 Uhr,** an das Stadtbauamt einzureichen, woselbst die Eröffnung derselben stattfinden wird.

Kamen, den 12. Februar 1910. 227

Stadtbauamt.



Nachtrag

zur Ordnung, betreffend die Erhebung von Steuern für Lustbarkeiten im Bezirke der Stadt Kamen.

Auf Grund der Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung vom 9. Oktober und 18. Dezember 1909 wird hierdurch in Gemäßheit der §§ 15, 18, 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 nachstehende Ordnung, betreffend die Erhebung von Lustbarkeitssteuern im Bezirke der Stadt Kamen, erlassen:

1. Die §§ 2, 4 und 5 der Lustbarkeitssteuerordnung vom 6. Februar 1904 werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

§ 2.

Die im § 1 Nr. 18 benannten Jahressteuern sind halbjährlich im voraus zu entrichten.

Die Höhe der Steuern, soweit veränderliche Sätze zulässig sind, wird vom Magistrat festgesetzt.

Finden Lustbarkeiten in demselben Hause jährlich in größerer Zahl statt, so ist in der Regel bei ferneren Lustbarkeiten der Höchstbetrag zu erheben.

§ 4.

Den öffentlichen Lustbarkeiten im Sinne dieser Ordnung werden diejenigen gleichgestellt, welche von Einzelpersonen in geschlossenen Kreisen, von geschlossenen Vereinen oder Gesellschaften oder von solchen Vereinen (Gesellschaften) veranstaltet werden, die zu diesem Behufe gebildet sind.

Als steuerpflichtige Lustbarkeiten gelten diejenigen nicht,

a) bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, wenn der Unternehmer nicht die Absicht hat, zum eigenen Vorteile einen Gewinn zu erzielen;
b) die nur zu Unterrichts- oder Prüfungszwecken veranstaltet werden;
c) die einen rein häuslichen Charakter haben;
d) bei denen der Reinertrag zu einem wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecke bestimmt ist, sofern ein begründeter Antrag auf Erlaß dieser Steuer vorher gestellt wird.

§ 5.

Oeffentliche Lustbarkeiten, welche zur Feier nationaler Gedenktage, Kaisersgeburtstag, Sedan usw., veranstaltet werden, bleiben auf Antrag von der Steuer befreit, sofern sie an dem Gedenk- bezw. Geburtstage selbst stattfinden; trifft diese Voraussetzung nicht zu, so kann die Steuer vom Magistrat nach pflichtmäßigem Ermessen erlassen werden.

Ebenso können diejenigen öffentlichen Lustbarkeiten, welche im übrigen nur patriotischen Zwecken dienen, auf Antrag steuerfrei bleiben.

Des ferneren bleibt es dem Magistrat überlassen, die unter lfd. Nr. 9 des § 1 benannten öffentlichen Umzüge auf Antrag des unternehmenden Vereins oder der Gesellschaft von der Steuer freizustellen.

Steuerfrei bleiben alle Umzüge zu kirchlichen Zwecken.

2. Vorstehende Ordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Kamen, den 21. Dezember 1909.

(L. S.) **Der Magistrat:**
gez. von Basse, Grevel, Mocnninghoff, Funke, Mertin.

Genehmigt.

Arnsberg, den 18. Januar 1910.
Namens des Bezirksausschusses Abt. I.
(L. S.) **Der Vorsitzende.**
B. A. I C III 17/10. In Vertretung: gez. Kern.

Zu der vorstehenden Genehmigung wird gemäß § 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und dem Ministerialerlasse vom 26. Juni 1907 — M. d. J. IV b 1167 — F. M. II 6672 III 10886 die Zustimmung erteilt.

Münster, den 28. Januar 1[illegible]
(L. S.)
Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.
In Vertretung:
G. Nr. 1028. I. gez. von Haugwitz.

Veröffentlicht.

Kamen, den 1. Februar 1910.
Der Bürgermeister: von Basse.

Waldbrandversicherung.

In den Nummern 16 und 17 (Seite 205 und 225) des Amtsblattes von 1903 habe ich auf das seinerzeit zwischen der Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen und der Provinzial-Feuer-Sozietät zu Münster in Westfalen getroffene Abkommen, betreffend Waldbrandversicherung, aufmerksam gemacht und dabei den waldbesitzenden Gemeinden, Stiftungen und Genossenschaften, sowie den Privatwaldbesitzern des Regierungsbezirks die Versicherung ihrer Waldungen bei der Provinzial-Feuer-Sozietät empfohlen.

Nach einer Mitteilung der letzteren haben bisher 48 Gemeinden und Genossenschaften der Provinz mit rund 3¼ Millionen Mark ihre Waldungen bei der Sozietät versichert.

Am 10. November d. Js. ist ein neues Abkommen der Landwirtschaftskammer mit der Provinzial-Feuer-Sozietät getroffen worden, welche in folgenden Punkten wesentliche Erleichterungen für den versichernden Waldbesitzer enthält:

1. Es wird nicht mehr zur Bedingung gemacht, daß der Waldbesitzer seinen gesamten, in der Provinz Westfalen belegenen Waldbestand zu versichern hat.
   Bedingung ist dagegen die Versicherung der Bestände bis zu 60 Jahren einschließlich.
2. Die Versicherung von Nadelholz ist zulässig, ohne daß gleichzeitig das Laubholz versichert wird.
3. Der Mindestprämiensatz für reines Laubholz ist von 0,40% auf 0,25% ermäßigt worden.
   Fichten werden um 0,20% bis 1% billiger als Kiefern übernommen.

Nach diesen Erleichterungen und in Anbetracht der mit der Ausbreitung der Nadelholzbestände und mit dem Wachsen des Verkehrs immer mehr zunehmenden Waldbrandgefahr empfehle ich erneut den Waldbesitzern, insbesondere den Gemeinden und Korporationen des Regierungsbezirks, die Versicherung ihrer Waldungen bei der Provinzial-Feuer-Sozietät.

Abdrücke des die Versicherungsbedingungen enthaltenden Abkommens vom 10. November d. Js. können von den Landratsämtern, sowie von der Landwirtschaftskammer zu Münster i./W. bezogen werden.

Arnsberg, den 30. Dezember 1909.
Der Regierungs-Präsident:
I. 26 J.-Nr. 1092. v. Bake.

Bekanntmachung.

Die Anmeldung der Kinder, welche bis zum 30. Septbr. ds. Js. 6 Jahre alt und dadurch schulpflichtig werden, sowie derjenigen, welche im vorigen Jahre zurückgestellt sind, hat bei den zuständigen Herren Lehrern bis zum 10. März cr. zu erfolgen.

Unna, den 8. Februar 1910.

Der Verbands-Vorsitzende der Schulverbände des Amtes Unna-Kamen.
Sabaß, Amtmann.

Bekanntmachung,

betr. Maß- und Gewichts-Revision.

Die diesjährige technische **Maß- und Gewichts-Revision** im hiesigen Stadtbezirk wird am 18., 19., 20., 21., 22. und 23. April d. J. zur Ausführung gelangen, was hierdurch zur öffentlichen Kenntnis der Gewerbetreibenden gebracht wird mit dem Bemerken, daß bei etwa sich ergebenden Mängeln Bestrafung erfolgen und auf Einziehung der unrichtigen Gewichte pp. erkannt werden wird. Wagen, Maße, Gewichte pp., deren Richtigkeit zweifelhaft erscheint, sind daher zuvor zur eichamtlichen Prüfung zu bringen.

Kamen, den 19. Januar 1910.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Schwächliche in der Entwicklung oder beim Lernen zurückbleibende **Kinder,** sowie **blutarme,** sich mattfühlende und **nervöse,** überarbeitete, leicht erregbare, frühzeitig erschöpfte **Erwachsene** gebrauchen als Kräftigungsmittel mit großem Erfolg **Bioglobin.**

Man verlange jedoch ausdrücklich das **echte,** nach Patentverfahren hergestellte **Bioglobin** und lasse sich keine der vielen Nachahmungen aufreden.

Der Appetit erwacht, die geistigen und körperlichen Kräfte werden rasch gehoben, das Gesamt-Nervensystem gestärkt.

Zum 1. April eine
Wohnung
in der **Westenfeldmark** zu vermieten. 205
Weddinghofen, 6. Febr. 1910.
H. Klute.

Tüchtiges
Mädchen
für Haus- und Küchenarbeit zum 1. Mai cr. gesucht. 209
Näh. in der Geschäftsst. d. Z.

Geräumige
Wohnung
von 3 bis 4 Zimmern nebst Stallung u. Keller zum 1. April zu vermieten. 208
Schillstraße 24.

Für den Vertrieb ei. bedeutenden Konsum-Artikels werden tüchtige
Vertreter
an allen Plätzen gesucht. Herren, w. i. Wirtekreisen gut eingeführt sind, bevorzugt. Offert. u. P. 286 Haasenstein & Vogler, A.-G., Hannover. h174

Vaterländischer
Frauen-Verein
für **Kamen.**

Mittwoch, den 16. Febr., nachm. 3 Uhr:
Arbeitsversammlung
im Gemeindehause am Klosterweg.
Um 5 Uhr: Vorstandssitzung. 225
Der Vorstand.

Warnung!
In meinem Garten habe ich **Gift gelegt.** 218
Wilh. Neuhaus,
Kaiserau, Sekt. 7.

Agent ges. z. Cigarr.-Verk. a. Wirte 2c. Verg. ev. 250 Mk. mon. 157m H. Jürgensen & Co., Hamburg 22.

Da mein Sohn 8 Jahre an Fallsucht,
Krämpfen u. Nervenleiden schwer gelitten, in kurzer Zeit so gesund geworden ist, daß er freiwillig als Soldat diente, so gebe aus Dankbarkeit unentgeltlich Auskunft, wie derselbe behandelt wurde. 10 Pfg. für Antwort beifügen. 226
Julius Henschel, Zechin b. Cüstrin.

Flechten
näss. u. trockene Schuppenflechte, skroph. Ekzema, Hautausschläge,
offene Füße
Beinschäden, Beingeschwüre, Aderbeine, böse Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig,
wer bisher vergeblich hoffte geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der bestens bewährten
Rino-Salbe
frei von schädl. Bestandteilen.
Dose Mark 1,15 u. 2,25
Dankschreiben gehen täglich ein.
Nur echt in Originalpackung weiß grün rot und mit Firma Schubert & Co., Weinböhla-Dresden.
Fälschungen weise man zurück.
Zu haben in den Apotheken.
120

Druck u. Verlag von C. May in Hörde

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 20. Dienstag, den 15. Februar 1910. 38. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Prinz Ludwig von Bayern gegen die preußische Wahlrechtsvorlage.

Der Münchener Korrespondent des „Neuen Wiener Journal" meldet seinem Blatte folgendes: „Wie ich aus sicherer Quelle erfahre, hat Prinz Ludwig von Bayern vor kurzem Gelegenheit genommen, sich einem bekannten Großindustriellen gegenüber in scharfer Weise über die preußische Wahlrechtsvorlage auszusprechen. Der Prinz bezeichnete die Vorlage als ein gewagtes Experiment, das geeignet sei, die ruhige und stetige Entwicklung Preußens zu untergraben. Wenn die Angelegenheit auch im Grunde eine innerpreußische sei, so sei doch zu befürchten, daß die tiefgehende Erregung der Bevölkerung sich bei den nächsten Reichstagswahlen Luft machen und für die regierungsfeindliche Zusammensetzung des Reichstags von entscheidender Bedeutung sein könne. Hier beginne die Angelegenheit eine Reichssache zu werden, bei der die Bundesstaaten wesentlich interessiert seien. Prinz Ludwig versicherte ausdrücklich, daß auch andere Bundesfürsten diese Bedenken geäußert hätten. Schließlich kam der Prinz auf Herrn von Bethmann-Hollweg im allgemeinen zu sprechen, rühmte seinen lauteren Charakter, hob seine universelle Bildung hervor, bezweifelte aber, daß der stille, weltfremde Mann den Stürmen der großen internationalen Politik auf die Dauer gewachsen sein werde."

Das „Neue Wiener Journal" fügt hinzu: Bei der bekannten Geheimnistuerei in Regierungskreisen wird sicherlich versucht werden, die Nachricht durch ein amtliches Dementi abzuschwächen. Die Quelle, aus der die Mitteilungen stammen, ist aber so sicher, daß ihr der Charakter der Authentizität zugesprochen werden muß.

11. Haupt-Versammlung des Königl.-Preuß. Landesökonomie-Kollegiums.

Am Freitag referierte zunächst Professor Dr. Sering (Berlin) über

„Grundbesitzverteilung und Abwanderung vom Lande"

unter Zugrundelegung folgender Resolution: „Das Landesökonomiekollegium wolle beschließen: In Anerkennung der hohen Bedeutung, welche die Grundbesitzverteilung für die Schaffung und Erhaltung einer dichten Bevölkerung auf dem Lande erheischt, hält es das Landesökonomie-Kollegium für geboten, daß wenigstens dort, wo sich die Bevölkerungsziffer auf dem Lande im Stillstande oder in der Abnahme befindet, eine energische Initiative zur Vermehrung des kleinen und mittleren Besitzes ergriffen wird und bittet die Königliche Staatsregierung, das notwendige zu veranlassen." Der Redner bezeichne seine Aufgabe als eine rein wissenschaftliche. Eine andere Sache sei es, welche politischen Konsequenzen aus dem Resultat gezogen würden. Nach eingehender Darstellung der Abwanderungsverhältnisse in Preußen konstatiert der Referent, daß die größte Bevölkerungsbewegung, die es überhaupt giebt, in den polnischen Sprachgebieten herrscht, in dem großen Rayon, der sich von der Ostsee nach Süden hin bis Oberschlesien erstreckt. Das Ergebnis der staatlichen Untersuchung hat hier etwas direkt erschreckendes. Im allgemeinen kann man sagen, daß dicht besiedelt und in kräftiger Zunahme begriffen nur die Bezirke sind, wo die Familienwirtschaft überwiegt. Die großen Güterdistrikte weisen eine Abnahme der gesamten Bevölkerung auf. Der Großbetrieb wirkt entvölkernd, weil er den kleinen Leuten die Gelegenheit abschneidet, Land zu kaufen, sozial aufzusteigen und vorwärts zu kommen, wie das der moderne Mensch will. Es ist die größte Aufgabe des preußischen Staates, den Großgrundbesitz planmäßig zu besiedeln, denn es handelt sich hier um Aufrechterhaltung der deutschen Herrschaft und Kultur. Wenn es so weiter geht, wie jetzt, dann werden wir einfach expropriiert. Wir stehen im Zeitalter des Imperialismus, in dem die kleinen Staaten immer mehr in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den großen gelangen. Der wirtschaftlichen Abhängigkeit folgt aber die politische. Wenn wir nicht wirtschaftlich stark sind, dann leidet unsere militärische Machtstellung, dann können wir auch keine Sozialpolitik treiben. Es gibt keine Aufrechterhaltung der Agrarzölle, ohne Durchführung der inneren Kolonisation. In der Diskussion weist Graf Schwerin-Löwitz darauf hin, daß eine Steigerung der Getreideproduktion sich nur im Großbetriebe durchführen läßt. Daher wird man die Einhaltung einer gewissen Grenze bei der Entscheidung der Frage der inneren Kolonisation nicht außer acht lassen können. Der Erfolg der inneren Kolonisation hängt aber davon ab, daß wir rentable Preise für die Landwirtschaft erhalten. Die Resolution Sering wird einstimmig angenommen. — Hierauf kam das Thema der „Besiedelung der preußischen Moore" zur Sprache. Nach drei Referaten einigte sich das Kollegium auf eine Resolution, in der es heißt: Die Besiedelung der kulturfähigen Moore und Heiden ist eine der dankbarsten Aufgaben der inneren Kolonisation. Da die landwirtschaftliche Kultur dieser Böden jetzt einen hohen Wert der Vollkommenheit erreicht hat, ist deren Besiedelung unter Bereitstellung genügender Staatsmittel mit allen Kräften zu beschleunigen, wenn möglich in Verbindung mit einer industriellen Ausnutzung der vorhandenen Torflager, ohne daß jedoch die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Kultur durch diejenige der torftechnischen Verwertung bestimmt wird.

Wahlrechts-Demonstrationen.

In den zentral gelegenen Orten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks hatte am Sonntag die sozialdemokratische Partei eine Reihe von Wahlrechtsdemonstrationen veranstaltet, die besonders in Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen auch nach Außen hin in die Erscheinung traten.

In Dortmund

zogen in der Mittagsstunde mehrere tausend Demonstranten, die Marseillaise singend und Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausbringend, vor das Haus des Abgeordneten Schmieding. Die Polizei war von dieser Demonstration vorher nicht benachrichtigt worden und wurde davon völlig überrascht. Berittene Polizeibeamte versuchten die Massen zu zerstreuen, allerdings ohne nennenswerten Erfolg. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Am nächsten Sonntag sollen im Wahlkreise Dortmund große Protestversammlungen abgehalten werden. An den Abgeordneten Haarmann wurde eine Deputation entsandt, die ihm die Wünsche der Demonstranten bezüglich der Gestaltung des preußischen Landtagswahlrechts überbringen sollte. —

Im Bochumer Schützenhof

sprach vor 5000 Personen, meist Arbeitern, der sozialdemokratische Stadtverordnete Max König aus Dortmund, der in heftiger, mit scharfen Sarkasmen reich gespickten Rede die Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung und den von der junkerlich-konservativen Mehrheit beeinflußten Kurs des Herrn von Bethmann Hollweg bekämpfte und unter dem lebhaften Beifall der Versammlung die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen forderte. Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer unter Vorantragung von Schildern mit der Aufschrift „Hoch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!" durch mehrere Straßen der Stadt zum Westfalenplatz, wo sich der Zug nach einem Hoch auf das Reichstagswahlrecht auflöste. Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandierten Beamten der Königlichen Polizei versahen ihren Dienst in taktvoller Zurückhaltung und fanden bei der musterhaften Ruhe und Ordnung, mit der die Straßendemonstration vor sich ging, keinen Anlaß zum Einschreiten.

Auch in Gelsenkirchen

fand in den Nachmittagsstunden eine starkbesuchte Protestversammlung mit nachfolgendem Straßenumzug statt. Ebenso wie in Bochum und Dortmund verlief die Gelsenkirchener Demonstration ohne unliebsame Vorkommnisse.

In Berlin

haben etwa 40 Volksversammlungen stattgefunden, in denen die Führer der sozialdemokratischen Partei gegen das neue Wahlrecht für Preußen gesprochen haben. Sämtliche Versammlungen, die schon lange vor Beginn geschlossen werden mußten, weil der Andrang ein zu großer war, nahmen durchweg einen gleichmäßigen Verlauf. Es wurden Reden gehalten, in denen mit mehr oder weniger heftigen Worten gegen die Wahlrechtsreform in Preußen protestiert wurde. In sämtlichen Versammlungen wurde eine gleichlautende Resolution angenommen.

Die Leitung der Berliner Polizei hat ihr Hauptaugenmerk auf das Berliner Schloß gerichtet, wohl in der Befürchtung, daß es zu Demonstrationszügen nach dem Schlosse kommen würde. Infolgedessen waren die Straße Unter den Linden von sämtlichen Seitenstraßen, ferner die weitere Umgebung um das Schloß herum, so z. B. die Kaiser Wilhelms-Brücke, bereits rechtzeitig von der Polizei abgesperrt worden. In der oberen Friedrichstraße war speziell die Weidendammerbrücke und ihre nähere Umgebung von einem größeren Polizeiaufgebot zu Fuß und Pferde besetzt. Aus den einzelnen Stadtteilen wird gemeldet: Etwa 2000 Teilnehmer marschierten aus dem Etablissement Sanssouci in einem Trupp unter Absingung des Arbeiterliedes und unter Hochrufen auf das allgemeine und geheime Wahlrecht in einem geschlossenen Zuge dem Görlitzerbahnhofe zu. Schutzleute waren nicht zu bemerken, und so verhielt sich auch der Trupp sehr ruhig. Etwa 3000 Personen kamen aus einem größeren Etablissement in der Hasenheide und zogen nach dem Westen der Stadt. Unterwegs erhielt der Trupp noch Verstärkung und schwoll allmählich auf 5000 Personen an, die nach dem Winterfeldtplatz marschieren wollten. Hier hielt der Abgeordnete Richard Fischer an die Versammlung eine kurze Ansprache, in der er sie zum ruhigen Auseinandergehen aufforderte. Man folgte dieser Aufforderung bereitwilligst, und so kam es auch hier zu keinerlei Ausschreitungen. Vom Norden her wälzten sich verschiedene Züge von Versammlungsteilnehmern dem Lehrter Bahnhofe zu. An verschiedenen Stellen mahnten sozialdemokratische Abgeordnete zur Ordnung und zum ruhigen Auseinandergehen. Am Rosenthaler Tor war ebenfalls ein Zug von ungefähr 2000 Personen zusammengekommen, der jedoch ruhig und friedlich, ohne daß die Polizei einzuschreiten brauchte, unter Hochrufen auf das allgemeine geheime Wahlrecht und unter Absingung der Arbeitermarseillaise nach dem Friedrichshain zu abzog. In der inneren Friedrichsstadt sah man zahlreiche „Neugierige", die die Straße Unter den Linden umlagerten. In der 4. Nachmittagsstunde zog ein Zug von etwa 5000 Personen singend und hochrufend durch die Linden-Straße nach dem Belle-Alliance-Platz. Man glaubte anfangs, daß dieser in seiner massigen Wucht am imponierendsten wirkende Zug nach dem Tempelhofer Felde marschieren wolle; aber ohne ernstliche Zwischenfälle marschierte derselbe, der wohl der größte von allen Zügen war, nach der Hasenheide. In der 5. Nachmittagsstunde bot die innere Stadt bereits wieder ihr gewöhnliches Sonntagsbild.

Der Polizeipräsident von Berlin hatte folgende Bekanntmachung erlassen: „Es wird das „Recht auf die Straße" verkündet. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige."

* * *

Die Schiffs-Katastrophe bei Menorca.

Ueber die furchtbare Katastrophe des Dampfers „General Chanzy", der, wie gemeldet, auf der Fahrt von Marseille nach Algier bei der Inselgruppe der Balearen auf einen Felsen lief und sofort mit insgesamt 153 Personen sank, liegt jetzt eine Reihe ausführlicher Meldungen vor; aus ihnen geht zwar die Zahl der Opfer mit Sicherheit hervor, die Namen der Ertrunkenen werden jedoch noch nicht mit zuverlässiger Genauigkeit wiedergegeben. Der einzige Gerettete ist ein Zollbeamter namens Boder. Ueber

die Strandung

sind naturgemäß genaue Meldungen bisher nicht eingetroffen, da der einzige Gerettete noch keine Angaben machen konnte. Immerhin gibt das folgende Telegramm ein ungefähres Bild: Der Schiffbruch des Dampfers „General Chanzy" ereignete sich schon Mittwoch abend in einem Augenblick, wo trotz heftigen Unwetters das Schiff sich in schneller Fahrt befand, um aus der gefährlichen Zone herauszukommen. Die Nacht war sehr dunkel, und das Schiff lief mit furchtbarer Gewalt auf einen Felsen. Von den Passagieren hatten 35 Kabinen inne. Man glaubt, daß wegen des Sturmes alle Passagiere unter Deck waren, und daß dies die großen Verluste an Menschenleben erklärt. Den entsetzlichsten Tod haben zweifellos die Heizer gefunden. Wahrscheinlich sind beim Sinken des Schiffes die Kessel explodiert, und das Heizerpersonal wurde in entsetzlicher Weise verbrüht. Die Boote des Dampfers hatten wegen des Unwetters nicht benutzt werden können.— An der Unglücksstätte treiben zahlreiche Leichen auf dem stürmisch bewegten Meere. Die Regierung hat wegen der damit verbundenen Gefahr die Bergung der Leichen untersagt. Der „Genral Chancy" hatte 30 Tonnen Pulver, und man glaubt, daß die Katastrophe infolge dieses Sprengmaterials vielleicht in Verbindung mit einer Kesselexplosion so furchtbar geworden ist

Die Opfer

der Katastrophe setzen sich aus den verschiedensten Berufsständen und Bevölkerungsschichten zusammen. In der Liste der Passagiere liest man folgende Namen, die möglicherweise Deutsche bezeichnen können: Censi, Nestor ,Damm und Frau Weil. Weiter werden genannt ein Herr Hammer und Fräulein Volkenstern. Unter den an Bord befindlichen Passagieren befanden sich u. a. zwölf Frauen, drei Kinder, eine Zofe, fünf Künstler, vier Künstlerinnen, ein Hauptmann, zwei Leutnants, zwei Unteroffiziere, sechs Soldaten, zwei Matrosen und ein Priester. Der Kapitän sollte in zwei Jahren in den Ruhestand treten. Der dänische Konsul in Paris, Bankier Hosquiler, beklagt unter den Opfern der „Chanzy"-Katastrophe seinen einzigen Sohn. Die Schiffsmannschaft ist mit Einschluß der Offiziere vollständig ertrunken.

Die Familie des Bankiers Hoskiler, dessen einziger Sohn der Katastrophe zum Opfer fiel, war war unter jenen, die auch bei dem Brande des Wohltätigkeitsbasars im Jahre 1896 schwer heimgesucht wurde. Damals erkannte man unter den verkohlten Leichen Hoskilers Gattin und seine älteste Tochter. Unter den Opfern befinden sich auch die Marseiller Duettisten Jolly und Frau Velia. Diese hatte ihren Partner schon bewogen, die Abreise der hochgehenden See wegen zu verschieben, aber beider Gepäck war bereits aufgegeben und konnte aus den unteren Schiffsräumen nicht rasch genug hervorgeholt werden. So entschlossen sich denn beide zur Mitreise.

Der Ueberlebende.

Der Zollbeamte Boder entging dem Tode wie durch ein Wunder und verbrachte den Rest der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ohne Bewußtsein am Strande. Erst unter den Strahlen der Sonne kam er wieder zu sich und irrte den ganzen Donnerstag umher. Am Freitag gelangte er nach Cindadela, von wo sich die Behörden, nachdem er von dem Schiffbruch Mitteilung gemacht hatte, sogleich an den Ort des Unglücks begaben. Um das gesunkene Schiff sah man viele Leichen schwimmen. Boder befindet sich im Hospital und kann noch keine Angaben machen.

Beileidskundgebungen Deutschlands.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherr v. Schoen fuhr beim französischen Botschafter in Berlin Cambon vor, um ihm das Beileid der deutschen Regierung aus Anlaß des Unterganges des Dampfers „General Chanzy" auszusprechen. In Paris sprach der deutsche Botschafter Fürst Radolin dem Präsidenten Fallieres aus Anlaß des Unglücks des Dampfers „General Chanzy" das Beileid der deutschen Regierung aus.

Aus aller Welt.

— **Ein Liebesdrama** hat sich in der vorigen Nacht in einem Hotel in Dresden zugetragen. Dort war ein angebliches Ehepaar abgestiegen und hatte für zwei Tage ein Zimmer gemietet. In das Fremdenbuch trugen sie sich als Ingenieur Freund und Frau aus Reichenberg ein. Sie begaben sich abends in ihr Zimmer. Am nächsten Vormittag gegen 10 Uhr öffte der Wirt, da in dem Zimmer sich niemand regte, die Tür und fand die junge Frau in einer Blutlache bewußtlos am Boden liegen. Sie hatte kurz vorher noch die Klingel gezogen. Auf dem Bette wurde der junge Mann ebenfalls blutüberströmt tot aufgefunden. Er hatte sich einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Die behördlichen Ermittelungen ergaben, daß der Tote der 21 Jahre alte Ingenieur Freund, Sohn des Dachpappenfabrikanten gleichen Namens aus Neu-Salza war. Seine schwerverletzte Begleiterin ist die 17 Jahre alte Donath aus Goeda bei Bautzen. Das Motiv der Tat dürfte darin zu suchen sein, daß infolge Einspruchs der Eltern eine Verbindung unmöglich war.

— **Unglück durch Felssturz.** Am Kesselberg in Oberbayern ist der größte Teil des Steinbruchs der oberbayerischen Gipswerke Cocheln, der Filiale der Gipsfabrik in Crailsheim, eingestürzt. Von den dort beschäftigten Arbeitern wurden drei verschüttet und getötet.

— **Beim Abbruch** der katholischen Kirche in Kahl und beim Heruntertransportieren der Glocken kamen diese ins Rutschen und fielen auf den Zimmermann Reiser, der lebensgefährlich verletzt wurde.

— **6 Schmuggler ertrunken.** Ein Kaufmann und fünf Helfershelfer wollten bei Essegg in Ungarn bei stürmischem Wetter nachts Tabak und andere Genußmittel über die Save schmuggeln. Als sie das serbische Ufer beinahe erreicht hatten, kenterte das Boot und alle Insassen fanden den Tod in den Wellen.

— **Schweres Unglück in der amerikanischen Marine.** Aus New York wird gemeldet: Man glaubt, daß der Flottenschleppdampfer „Nina", der seit Sonntag vermißt wird, auf der Fahrt von Portsmouth in Virginia nach Boston mit 29 Mann an Bord untergegangen ist.

Die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhause.

Am Sonnabend, dem dritten Tage der Wahlrechtsdebatte, erhielt als erster Redner das Wort:

Abg. Dr. Pachnicke (Frs. Vg.):

Unsere Volksvertretung ist in Wirklichkeit keine Volksvertretung. So haben wir allein unter uns 113 Großgrundbesitzer und gegen 80 Beamte, dagegen nur sehr wenig Kaufleute. Es ist kein Volkshaus, sondern ein Ständehaus. (Sehr richtig! links.) Der Ministerpräsident berief sich auf die Vergangenheit des Abgeordnetenhauses. Gewiß, es gab hier einmal eine fortschrittliche Majorität, aber das kam nur daher, weil die Landratskammer vorher es zehn bis zwölf Jahre lang zu toll getrieben hatte. Es war nicht glücklich, daß der in seinem Amte noch recht neue Ministerpräsident das Reichstagswahlrecht so kritisierte, wie er es getan hat. Warum hat sich der Minister den Mantel des Philosophen umgehängt und ist auf eine so hohe Warte gestiegen? Nur weil unten im Tale ein solches Verlegenheitsprodukt wie diese Gesetzesvorlage zu erblicken ist. (Sehr gut! und Beifall links.) Man kann nicht ohne eine gewisse Erregung von dieser Wahlrechtsvorlage sprechen. Sie hat größte Enttäuschung und tiefste Erbitterung hervorgerufen. Fast alles bleibt beim Alten. Der Minister des Innern hat einen merkwürdigen Begriff von Gleichheit, wenn er sagt, die Wahlabteilungen sind gleich und gleich gut. Denn in der ersten Abteilung hat ein Wähler so viel Stimmgewicht wie tausend in der dritten. Was zur Begründung der öffentlichen Wahl vom Ministertisch gesagt ist, ist das weltfremdeste, was je gehört worden ist, Fast alle Länder, auch Japan, ja selbst Rußland, haben die geheime Wahl. Man kann deshalb von einem europäischen, ja von einem Weltgewissen sprechen. Aber Herr von Bethmann setzt dem die preußische Eigenart entgegen! (Sehr gut! links.) Er verteidigte die öffentliche Wahl mit den Abhängigkeiten, die das öffentliche Leben begleiten. Ja, man kann diese Abhängigkeiten doch nur bedauern. Für die Regierung ist die Krone der Bildung der Unteroffiziere und der gewesene Einjährige. Die Bevorzugung der ehemaligen Soldaten ist eine ungerechtfertigte Zurücksetzung der Gewerbetreibenden und vor allem der Bauern. (Sehr richtig! links.) Aber auch die Bevorzugung der Examensbildung ist verkehrt: Künstler wie Lenbach, der Maurergeselle war, werden dadurch als Wähler degradiert. Niemand ist mit der Vorlage zufrieden. Die Konservativen nicht, obwohl diese Vorlage sich doch wahrlich nicht gegen sie richtet. Das Zentrum nicht — was das Zentrum eigentlich will, weiß freilich niemand! (Heiterkeit.) Nur die Sozialdemokratie hat Freude an der Vorlage. Denn sie ist die wirksamste Agitationswaffe für die Sozialdemokratie. Der möchte ich bei dieser Gelegenheit dringend raten, bei ihrer Agitation Selbstzucht und Vorsicht zu bewahren, nicht auf die Gasse zu steigen und keine ungesetzlichen Mittel zu gebrauchen, sie hat gesetzliche genug. Für uns ist die Vorlage in ihrer jetzigen Form ganz unannehmbar, schon weil sie die geheime Wahl nicht bringt. Die Rede des Ministerpräsidenten war ein Plaidoyer gegen die Vorlage und gegen die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts überhaupt. (Sehr gut! links.) Auf die Dauer kann Preußen nicht ohne ein Wahlrecht sein, wie es alle anderen Kulturstaaten haben! Herr von Zedlitz hat ein böses Wort gesprochen, er sagt, die Zeit könne kommen, wo es heißen werde: Reich oder Reichswahlrecht! Wodurch unterscheidet sich nach diesem Ausspruch Herr von Zedlitz von dem Herrn von Oldenburg? (Lebhafte Zustimmung links, Lachen rechts.) Der Unterschied ist höchstens der: Herr von Zedlitz ist nicht so kriegerisch wie Herr von Oldenburg; er will nicht gleich zu Bajonetten greifen, er greift zu Paragraphen! (Beifall links.) Auch sein Wort ist eine schwere Provokation des Reichstags. (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts.) Wie sich das Reichswahlrecht im Reiche bewährt hat, so würde es sich auch in Preußen bewähren. Man hat doch in Zeiten der Not immer erkannt, wie wertvoll, wie unerläßlich es ist, daß der Staat sich auf vollberechtigte Bürger stützt, man denke an die Freiheitskriege. Wir müssen in Preußen ein Wahlrecht bekommen, das dem Empfinden des Volkes gerecht wird. (Beifall links.)

Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg:

Ich will Ihre Aufmerksamkeit nur für zwei Worte in Anspruch nehmen. Ich habe nicht die Absicht, in eine Polemik einzutreten gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Pachnicke, die wir soeben gehört haben. (Bravo! rechts.) Das, was ich für erforderlich gehalten habe zur Wahlrechtsvorlage zu sagen, habe ich vorgestern gesagt. (Zuruf links: Es war herzlich wenig!) Ich muß dagegen Widerspruch erheben, daß der Abg. Pachnicke es so dargestellt hat, als trete die Staatsregierung ein Rückzugsgefecht an, wenn sie diese Vorlage vorlegt. Glauben die Herren, daß ich mich zum Spaß hier hinstelle und eine Vorlage einbringe, die in einschneidender Art unser Verfassungswesen ändert? (Unruhe links.) Ich habe vorgestern gesagt, daß die königliche Staatsregierung mit ihrer Verantwortung hinter dieser Vorlage steht, und ich habe Anspruch darauf, daß das für ernst genommen wird, was ich hier im Namen der Staatsregierung erkläre. (Bravo rechts, Lachen und Unruhe links.)

Abg. Malkewitz (Kons.):

Die Linke fordert von uns Argumente für die Erhaltung des geltenden Wahlrechts. Es gehört sich wohl, daß die Leute, die das Wahlrecht ändern wollen, Argumente für ihre Stellungnahme beibringen, nicht umgekehrt. Der Abg. Ströbel hat unser bestehendes Wahlrecht grimmig bekämpft, und er hat uns hier Gründe für die Wahlrechtsreform aus der aschgrauen Zeit des jus primae noctis vorgebracht. Wo besteht dieses Recht in Preußen heute noch? (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Sagen Sie mir das doch, wo dieses schöne Recht noch gilt. (Stürmische Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.) Der Abg. Traeger hat gemeint, ganz Süddeutschland habe sich bei Erscheinen der Wahlrechtsvorlage aufgeregt. Ja, warum regen sich denn die Herren auf? Wir sehen in der Wahlreform eine rein preußische Angelegenheit, in die sich niemand einzumischen hat. (Beifall rechts.) Wir haben gegen jede Wahlreform schwere Bedenken, weil wir an dem alten konservativen Charakter des preußischen Staates mit Zähigkeit festhalten wollen. (Aha!-Ruhe links.) Auch wir haben den Willen zur Macht. (Stürmisches Gelächter links.) Wir wollen damit den demokratischen Aspirationen im Reich in Preußen das Gleichgewicht halten. (Lebhafter Beifall rechts. Lachen links.) Der Freisinn begeht politischen Selbstmord, wenn er für das Reichstagswahlrecht hier eintritt. (Sehr richtig! rechts.) So schlecht sind wir nicht. Wir wünschen Sie noch recht lange hier zu sehen. (Große Heiterkeit. Zuruf links: Fürsorgeerziehung!) Auf die Fürsorgeerziehung komme ich später, denn ein Teil dieses Hauses scheint sie dringend notwendig zu haben. (Stürm. Heiterkeit.) Weshalb haben die Liberalen das Wahlrecht nicht geändert, als sie hier die Mehrheit hatten? Man verweist auf die Thronrede. Nun, schon rechts und links haben Gesetzesvorlagen abgelehnt, die in einer Thronrede angekündigt waren. (Sehr richtig! rechts.) Auch sonst schwört die Linke doch nicht auf Thronreden. (Sehr gut! rechts.) In den neuen Vorschlägen über das Aufrücken in höhere Klassen sehen wir eine Schwächung des Einflusses des Mittelstandes und wir werden deshalb danach zu trachten haben, für die ungeschmälerte Aufrechterhaltung der berechtigten Stellung des Mittelstandes im heutigen Wahlrecht einzutreten. (Beifall rechts.) Nun zur geheimen Stimmabgabe. Wenn wir das Wahlrecht nicht schon Leuten von 21 Jahren und auch nicht den Frauen geben wollen, so tun wir das, weil wir aus der Volksvertretung nicht eine Kinderstube machen wollen. (Beifall rechts.) Wir geben aber schon das Wahlrecht in einem Alter von 24 Jahren. Das Wahlrecht bekommen auch Millionen von Wählern, die nicht einen einzigen Pfennig Staatseinkommensteuer zahlen. Man darf aber die Wähler nicht von ihrer Verantwortlichkeit entbinden. Der Abg. Ströbel bedauerte, daß das Haus sich nicht dem Vorgehen seiner Parteigenossen neulich angeschlossen hat. Er unterschätzt die große Partei der anständigen Leute hier im Hause (Lebhafter Beifall), die trotz politischer Meinungsverschiedenheiten sich immer zusammenfinden auf dem Wege bürgerlicher und parlamentarischer Wohlanständigkeit. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Nach diesen Vorgängen wundert es mich nicht mehr, daß wir vor einigen Tagen in unseren Mappen eine Berichtigung der Regierung fanden, in der es hieß, daß wir wegen der voraussichtlichen Demonstrationen durch die Leipziger Straße das Haus betreten sollten. Ist es soweit gekommen, daß die gewählten Volksvertreter nicht mehr geraden Schritts in das Volkshaus hineingehen könnten? Die Regierung konnte freilich nicht annehmen, daß die Genossen außerhalb des Hauses sich würdiger benehmen als ihre Führer hier im Hause. (Stürmischer Beifall.) Der alte tüchtige preußische Staat darf nicht durch Wahlrechtsexperimente gefährdet werden. (Lebh. Beifall rechts. Gelächter links.)

Abg. Dr. Krause (natlb.):

Daß ein moderneres Wahlrecht das Parlament nicht um eine konservative Vertretung bringt, zeigt das Beispiel des Reichstags. Herr Malkewitz hat von der Linken Beweise für die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts gefordert. Eine merkwürdige Forderung angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit des Volks mit dem Wahlrecht, angesicht der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Preußens. Die Industrie hat eine Bedeutung bei uns erlangt, die der der Landwirtschaft mindestens gleichkommt. Da hat die Industrie doch wohl auch Anspruch auf ein Wahlrecht, das ihrer Bedeutung gerecht wird. Das heutige Wahlrecht bietet nur einer Partei Vorteile: der konservativen. Das ist unberechtigt. Herr von Zedlitz befürchtet von der direkten Wahl eine agitatorische Verhetzung des Volkes und hat deshalb Bedenken gegen die direkte Wahl. Glauben Sie, daß wir nicht eine dauernde und viel wüstere Agitation haben würden, wenn das Wahlrecht nicht reformiert wird? Die Vorschläge der Regierung wegen der Privilegierung einzelner bestimmter Volksgruppen lassen das vermissen, was wir als unerklärliche Vorbedingung jedes Pluralwahlrechts ansehen: das sozial versöhnende Moment. (Sehr richtig! links.) Die Frage des geheimen Wahlrechts steht so: Sollen die Unselbständigen, die wirtschaftlich Schwachen ein Wahlrecht haben oder nicht? Sollen sie eines haben, so muß es das geheime sein, weil sie abhängig sind und entweder gegen ihre Ueberzeugung oder gar nicht stimmen müssen, wenn die Wahl öffentlich ist. Herr v. Bethmann hat zwar gesagt, in dieser Streitfrage, ob geheime, ob öffentliche Wahl, würden wir einander nicht überzeugen. Aber ich hoffe, daß gerade bei einer so eminent lauteren Persönlichkeit, wie unser Ministerpräsident es ist, die ethischen Gründe für die geheime Wahl doch nicht ganz verhallen werden. Wir hoffen, daß sich in diesem Hause eine Mehrheit für die geheime Wahl finden wird, und wenn dann die Regierung auch auf die Seite dieser Mehrheit sich stellt, wird das Herrenhaus sich sicherlich nicht ablehnend verhalten. Die Landräte haben bei der öffentlichen Wahl einen unzulässigen Einfluß. Die Landräte sind mächtiger als die Minister. Wir können darüber nicht hinweg, daß wir eine Parteiregierung haben, daß die Regierung sich nolens volens dem konservativen Einfluß unterwirft. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Existenz einer konservativen Parteiregierung erhellt auch daraus, daß die Regierung das Bestreben der Rechten, das in der Thronrede gegebene Wahlreformversprechen nicht einzulösen, nicht zu kritisieren gewagt hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Die konservative Strömung ist nicht von unten heraus aus dem Volke entstanden, sondern von oben her ins Volk hineingetragen worden. (Lebh. Beifall links.) Der Ministerpräsident billigt diese Bevorzugung gewiß nicht. Aber das muß er allen Verwaltungsinstanzen zu Gemüte führen. (Lebhafte Zustimmung links.) Im Gegensatz zu Frankreich und England ist unsere Sozialdemokratie antimonarchisch und antinational. Damit ist nicht gesagt, daß die Arbeiterschaft die gleiche Gesinnung hat. Wir verstehen unter nationaler Gesinnung das feste Zusammenhalten aller Parteien und Stände bei der Verteidigung des Vaterlandes gegen einen äußeren Feind, wie wir es 1870 erlebt haben. Wenn wir an die Kleinarbeit herangehen, wollen wir uns unserer nationalen Pflichten erinnern. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. von Woyna (Freikons.): Wir wünschen vor allem, daß die Staatsregierung den Willen zur Macht hat. Wir müssen zu einem vernünftigen Staat kommen, der alle Parteien in gemeinsamer Förderung des Staatslebens mit der Regierung vereinigt, auch die Sozialdemokraten können dabei mitwirken. Die Aeußerungen der Abgg. Freiherr v. Zedlitz und von Oldenburg wurden viel zu tragisch genommen. Niemand auf der Rechten denkt an eine Aufhebung des Reichstagswahlrechts. Wir Hannoveraner sind alle für die öffentliche Wahl. (Bravo! rechts.) — Abg. Fischbeck (Frs. Vpt.): Wer es ehrlich mit dem Volke meint, muß das Wahlrecht so reformieren, daß die Wahlen zum Spiegelbild der wahren Volksstimmung werden. Die Vorlage stellt tatsächlich ein Klassenwahlrecht dar. Das geheime Wahlrecht ist für uns das A und O der Reform.

Hierauf wurde die Debatte geschlossen und die Vorlage einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Der Reichstag

setzte am Sonnabend die zweite Lesung des Militäretats in einer überaus langen Sitzung fort. In der Spezialdebatte wurden die verschiedensten Wünsche und Anregungen vorgebracht. Der Zentrumsabgeordnete Will nahm sich der Wünsche einer Reihe Beamtenkategorien an, während der Sozialdemokrat Böhle mehr Entgegenkommen gegen die Arbeiterausschüsse verlangte. Die Militärverwaltung sagte teils Prüfung der Wünsche zu, teils lehnte sie aber auch ein Eingehen darauf ab. Handwerkerbeschwerden brachte der konservative Abg. Pauli-Potsdam zur Sprache, während der nationalliberale Abg. Dr. Görcke für die Durchführung des Satzes eintrat, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. Der freisinnige Abg. Mommsen verlangte eine Gleichstellung der Arbeiter in den Danziger Munitionswerkstätten mit den Spandauer Arbeitern, worauf die Militärverwaltung erklärte, daß sich die Lohnhöhe nach dem jeweiligen Durchschnitt in den Ortslöhnen richte. In der weiteren Debatte wurden fast rein lokale Wünsche geäußert.

Zum Schlusse gab es ein Renkontre zwischen dem Kriegsminister v. Heeringen und dem Abgeordneten Ledebour. Herr v. Heeringen wollte offenbar den Vorwurf, daß er „geknissen" habe, nicht auf sich sitzen lassen und kam daher noch einmal auf die Verfassungskämpfe in Kurhessen zurück, worauf Herr Ledebour, mit einem dicken Band der Weberschen Weltgeschichte bewaffnet, ebenfalls noch einmal auf die Rednertribüne stieg, um dem Kriegsminister und dem Hause daraus ein längeres Kapitel vorzulesen. Aus dem Ledebourschen Vortrag ging allerdings hervor, daß Herr v. Heeringen sein Beispiel zum mindesten recht unglücklich gewählt und daß in jenen Verfassungskämpfen unter dem Ministerpräsidenten Hassenpflug, den nachmals der Volksmund den „Hessenfluch" genannt, nicht nur die Offiziere, sondern auch — Preußen auf seiten der Verfassungskämpfer gestanden. Herr Ledebour kam aber auch noch einmal auf den berühmten Oldenburgschen Exzeß zurück, im Zusammenhang mit den Angriffen, die — offen und versteckt — in den letzten Tagen im preußischen Abgeordnetenhause gegen das Reichstagswahlrecht gefallen. Herr v. Oldenburg selbst meldete sich zum Wort, erklärte dann aber, daß — sein Zug abgehe, und daß er daher nicht antworten könne; er blieb aber dabei, er habe mit seiner Wendung von dem Leutnant und den zehn Mann nicht zum Verfassungsbruch aufreizen wollen.

Deutschland.

— **(Größere Machtbefugnisse für den Präsidenten.)** Die Störungen, die die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses zu Beginn und im Verlaufe der Dienstag-Sitzung hervorgerufen hat, haben in den Kreisen der Rechten und des Zentrums den Wunsch erweckt, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses größere Machtvollkommenheiten zur Aufrechterhaltung bezw. Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung während der Sitzungen erhalte. Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses gibt bisher dem Präsidenten nur das Recht, Ordnungsrufe zu erteilen. Man wünscht deshalb eine Aenderung der Geschäftsordnung und denkt dabei die Macht des Präsidenten wenigstens so zu erweitern, wie es im Deutschen Reichstag der Fall ist. Dem Präsidenten des Deutschen Reichstages steht nämlich außer dem Rechte des Ordnungsrufes nach der Geschäftsordnung auch die Befugnis zu, widerspenstige Abgeordnete von der Sitzung auszuschließen. Bestimmte Vorschläge über die Aenderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses sind bisher nicht formuliert, doch hat man, wie erwähnt, die Absicht, die Geschäftsordnung nach dem Muster des Deutschen Reichstages zu verschärfen.

— **Eine große Kundgebung** gegen die preußische Wahlrechtsvorlage, insbesondere für die geheime Stimmabgabe wird nach dem „Hirschschen Telegraphenbureau" von den Kreisen der städtischen Selbstverwaltung, der Wissenschaften und Künste, Handel und Industrie, Sonntag den 20. Februar, mittags 1 Uhr, im Zirkus Schumann in Berlin veranstaltet werden.

— **(Polizei und Wahlrechtsdemonstrationen.)** Wie die „Ostseezeitung" aus bewährter Quelle in Berlin erfahren haben will, seien besondere Instruktionen an die Königlichen Polizeidirektionen der preußischen Großstädte ergangen, welche ein gleichmäßiges Vorgehen bei etwaigen sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen bezwecken. Die Polizeiorgane sind danach angewiesen, im Falle von Straßenausschreitungen mit aller Energie vorzugehen.

— **(Ein nationalliberaler Antrag.)** Bei der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern haben die Nationalliberalen folgende Resolution Bassermann und Genossen eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch in dieser Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Einführung der Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatbeamten vorzulegen.

— **(Deutsch-französische Zollplänkeleien.)** Wie wir erfahren, hat die nationalliberale Fraktion des Deutschen Reichstages einen Antrag eingebracht, worin der Reichskanzler ersucht wird, Frankreich gegenüber durch Bundesratsbeschluß zugestandenen Ermäßigungen für Schaumwein, Branntwein, Arrak, Rum, Kognak, Parfümerien und kosmetische Mittel bei Inkrafttreten des französischen Zolltarifs wieder aufzuheben. — Ferner hat die Fraktion beantragt, daß der Reichskanzler durch Herbeiführung eines entsprechenden Bundesratsbeschlusses dafür Sorge tragen möge, daß denjenigen französischen Einfuhrartikel, welche nicht handelsvertraglich gebunden sind, für den Fall, daß der französische Zolltarif wesentliche Erschwerungen für die deutsche Einfuhr nach Frankreich enthalte, in entsprechender Weise erhöht werden.

— **Für die Landtagsersatzwahl** Halle-Herford-Bielefeld bleibt das bei den Wahlen von 1908 zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen vereinbarte Kompromiß bestehen, sodaß die Freisinnigen auch den Kandidaten für die Ersatzwahl zu stellen haben. Entscheidend für den Erfolg sind die Sozialdemokraten. Stimmen diese für den Freisinnigen Kandidaten wie 1908, so ist an dessen Sieg nicht zu zweifeln.

Ausland.

Türkei.

— **(Die Ententemächte greifen ein.)** Die Vertreter der Schutzmächte gaben gleichzeitig in Athen und Kanea Erklärungen ab, daß sie den Kretensern unter keinen Umständen gestatten werden, Abgeordnete weder zur Nationalversammlung noch zum Parlament nach Athen zu senden. Der französische Minister des Aeußeren, Pichon, erklärte dem türkischen Botschafter in Paris, Naum-Pascha, Frankreich werde dafür eintreten, daß die neuen Kretamarken mit dem Ausdruck „Hellas" unterdrückt würden.

Westfalen u. Rheinland.

(?) **Recklinghausen,** 14. Febr. **(Brandstiftung.)** In einer der letzten Nächte wurde die Feuerwehr zur Wiedhofstraße gerufen, wo das Haus Nr. 7 in Brand geraten war. Der ebenfalls an der Brandstelle erschienene Kriminalkommissar Johnen entdeckte bei einer Durchsuchung des Hauses in mehreren Schränken petroleumgetränkte Papier- und Strohbündel. In einem von der Ehefrau Jans bewohnten Zimmer stand unter dem Bette eine brennende Lampe. Die Frau wurde, als sie nachts von einer Reise zurückkehrte, am Bahnhofe verhaftet, ebenso ihr Sohn und sechs Kostgänger.

** **Elberfeld,** 14. Febr. **Eine Stiftung** von 148 138 *M.* hat eine ältere Dame, Fräulein Laura Pfifferling von hier, für die Zwecke der Diakonie der reformierten Gemeinde gemacht.

** **Düsseldorf,** 14. Febr. **(Vergiftet.)** In Gerresheim wurde morgens früh die Dienstmagd Luise Nordwall in ihrem Bett tot aufgefunden. Sie hatte sich, wie festgestellt wurde, mit Kleesalz vergiftet. Liebesgram soll die Ursache sein.

** **Düsseldorf,** 14. Febr. **Der Füsilier** Stadler des hiesigen Inf.-Regts. Nr. 39, der den ihm bewilligten Urlaub für die Karnevalstage überschritten hatte, und hierfür 14 Tage strengen Arrest erhielt, stürzte sich in selbstmörderischer Absicht aus dem zweiten Stockwerk des Gebäudes, in dem er, wie üblich, vor seiner Strafantretung vom Stabsarzt untersucht werden sollte, auf den Kasernenhof. Er erlitt eine lebensgefährliche Gehirnverletzung.

** **Köln,** 14. Febr. **Eine ungenannte Wohltäterin** schenkte der Stadt 3000 Aluminiumbecher zur Verteilung an arme Schulkinder für den Milchgenuß in den Pausen.

** **Bonn,** 14. Febr. **(Bestrafung von Corpsstudenten.)** Im Zusammenhang mit dem Fall Feith hat der Senat der Universität den Stud. med. Robert de Cuvry aus Koburg und den Stud. jur. Hans Rudolf Wild von Hohenborn aus Stuttgart mit der Entfernung von der Universität bestraft. Die gleiche Strafe wurde über den Stud. philos. Mundt aus Jülich wegen Fälschung zahlreicher Bescheinigungen der Dozenten über An- und Abmeldung der Vorlesungen verhängt. — Die Strafkammer verurteilte 2 Studenten wegen Herausforderung zum Zweikampf mit gefährlichen Waffen bezw. Annahme zu 5 bezw. 3 Monaten Festung. Der Zweikampf sollte im März v. Js. stattfinden, war aber gleich zu Beginn durch einen Polizeikommissar verhindert worden.

** **Bonn,** 14. Febr. **Eine 18 Jahre alte Verkäuferin** von hier hat sich im Rhein ertränkt aus Gram darüber, weil ihr der Vater am Mittwoch Vorwürfe gemacht hatte, daß sie ohne seine Erlaubnis zur Tanzmusik gegangen war.

